



Verfassung - Verwaltung - Gesellschaft

Vormärz und 48er Revolution.....	3
Material 1: Liederfest am 25. Juli 1836 in Ulm (StA Ulm, F 5 Chronik Zeitbild 1836.7.25 Nr. 4)	4
Material 2: Plünderung der Langmühle am 1. Mai 1847 (StA Ulm, F 5 Chronik Zeitbild 1847.5.1. Nr. 1)	5
Material 3: Über den »Brotkrawall« berichtet die „Ulmer Schnellpost“ (StA Ulm, G 5 30 Nr. 101 vom 3. Mai 1847):.....	6
Material 4: Artikel aus der Ulmer Schnellpost vom 1. März 1848 (StA Ulm, G 5/30).....	7
Material 5: Programm der konservativen "Ulmer Kronik" (StA Ulm, G 5/26 vom 24.02.1848)	8
Material 6: Berufe der Offiziere der Bürgerwehr Ulm	9
Material 7: Karikatur aus Ulmer Kronik vom 18. Februar 1849 (StA Ulm, G 5 26)	10
Material 8: Erklärung der Volksversammlung vom 22. April 1849, veröffentlicht im Bulletin der Ulmer Schnellpost vom 22. April 1849 (Abendblatt) (StA Ulm, G 5/30).....	11
Landtags- und Reichstagswahlrecht.....	12
Material 1: Bekanntmachung der Landtagswahl 1855.	13
Vereine, Parteien und Gewerkschaften	14
Material 1: Auszüge aus dem Festprogramm zum 90jährigen Bestehen der Hundskomödie (StA Ulm, E Hundskomödie Nr. 20)	16
Material 2: Politische Vereine und Parteien in Ulm zwischen 1830 und 1870.....	18
Material 3: Bericht in der Ulmer Schnellpost vom 7.8.1866 über die Differenzen im Ulmer Volksverein über die Frage der Reichseinigung (StA Ulm, G 5/30).....	20
Material 4: Arbeiterbildungsverein	21
Material 5: Flugblatt des "Freien Volksvereins" zur Gemeinderatswahl"	22
Material 6: Maifeier der Vereinigten Fachvereine	23
Material 7: Bitte des Gouvernements der Festung Ulm um Berichterstattung über sozialdemokratischer Waldfeste 1892 (B 123/133 Nr. 5).....	26
Erster Weltkrieg und Novemberrevolution	28
Material 1: Erklärung des Kriegszustandes: Übergang der Regierungsgewalt auf die Militärbefehlshaber, Unterordnung der Kommunalbehörden	29
Material 2: Bericht aus der sozialdemokratischen Donauwacht vom 30.7.1914 über die Protestveranstaltung am 29. Juli 1914 (StA Ulm, G 5/53).....	30
Material 3: Donauwacht, Sozialdemokratisches Volksblatt vom 1. August 1914 (StA Ulm, G 5 53).	32
Material 4: Aufsätze einer zwölfjährigen Schülerin im Kriegsjahr 1915	33
Material 5: Album mit gemalten Postkarten aus dem Ersten Weltkrieg von Adelheid und/oder Hildegard Weber, o.D., um 1916/1917 (StA Ulm, H Häusele Nr. 24a).....	34
Material 6: Bericht über Unruhen unter Soldaten in der Garnison Ulm, 1918 (StA Ulm, H Ernst Nr. 29).....	36
Material 7: Bekanntmachung Generalmajor von Schempp vom 10. November 1918	38

Material 8: Aufruf des Ulmer Arbeiter-und Soldatenrates, veröffentlicht in den Ulmer Zeitungen vom 12. November 1918 (StA Ulm, H Ernst Nr. 41).39

Vormärz und 48er Revolution

Die für die Entstehung von verschiedenen Oppositionsbewegungen einschlägige Epoche des Vormärz erlebte Ulm unter der Herrschaft Württembergs, wo bereits im Jahr 1819 eine für damalige Verhältnisse progressive Verfassung installiert wurde. Oppositionelle politische Äußerungen waren gleichwohl angesichts der im gleichen Jahr erlassenen Karlsbader Beschlüsse erschwert. Neben temporären politischen Aktionen wie Solidaritätskampagnen für die griechische und die polnische Freiheitsbewegung in den 20er und 30er Jahren formierten sich auch in Ulm eine Reihe bürgerlicher Vereine. Ungeachtet der Demagogenverfolgung im Anschluss an das Hambacher Fest kam es in Ulm wie andernorts zu Politisierungstendenzen. Neben den Turnern taten sich in diesem Zusammenhang v.a. die Sängervereinigungen hervor, was Veranstaltungen wie das erste deutsche Liederfest in Ulm 1836 bezeugen. Die Wirtschafts- und Versorgungskrisen der 1840er Jahre gingen an Ulm nicht spurlos vorüber. Die allgemeine Unzufriedenheit mit der Versorgungslage machte sich am 1. Mai 1847 im so genannten „Brotkrawall“ Luft, der für etliche Teilnehmer längere Freiheitsstrafen nach sich zog.

Eine Welle umfassender Politisierung ging in den Revolutionsjahren 1848/49 über das Land. Nach dem Sturz der französischen Monarchie kam es im deutschen Südwesten ab Ende Februar 1848 zu einer Reihe von Volksversammlungen, die eine Vielzahl von konkreten politischen Forderungen wie Pressefreiheit, Volksbewaffnung, nationales Parlament usw. erhoben. Auch die Ulmer Schnellpost vom 1. März und eine Bürgerversammlung vom 2. März 1848 machten sich diese Forderungen zu eigen. Die Monarchien wichen zurück bzw. kamen der revolutionären Bewegung taktisch entgegen. Die kommenden Monate sahen eine zunehmende Ausdifferenzierung des revolutionären politischen Spektrums. Neben einer starken Richtung der Liberalen um Konrad Dietrich Haßler verschafften sich auch die Demokraten Gehör, etwa in Person von Georg Bernhard Schifferling, der auch die Ulmer Arbeiterbewegung mit aus der Taufe hob. Die soziale und politische Heterogenität der Revolutionäre erwies sich bald als Schwäche. Mangelnde Durchschlagskraft war die Folge. So erlangten die konservativen Kräfte, die in Ulm mit der „Ulmer Kronik“ publizistisch Flagge zeigten, im Verlaufe des Revolutionsjahres wieder die Oberhand. Die Ablehnung der Reichsverfassung durch den preußischen König Friedrich Wilhelm IV. war Anlass für die so genannte Reichsverfassungskampagne. Auch Ulm hatte Anteil an diesem Versuch zur Durchsetzung der Reichsverfassung im Frühjahr 1849, was u.a. die Volksversammlung vom 22.4.1849 belegt, die mehrere tausend Teilnehmer zählte. Auch schlossen sich alle demokratischen Vereine Ulms im Jahr 1849 dem Zentralmärzverein an. Mit ihrer blutigen Niederschlagung durch preußische Truppen fand die Reichsverfassungskampagne und mit ihr auch die Revolution im Juli 1849 ihr Ende.

Material 1: Liederfest am 25. Juli 1836 in Ulm (StA Ulm, F 5 Chronik Zeitbild 1836.7.25 Nr. 4)



Material 2: Plünderung der Langmühle am 1. Mai 1847 (StA Ulm, F 5 Chronik Zeitbild 1847.5.1. Nr. 1)



Material 3: Über den »Brotkrawall« berichtet die „Ulmer Schnellpost“ (StA Ulm, G 5 30 Nr. 101 vom 3. Mai 1847):

„Auf dem Kartoffelmarkt soll nämlich ein Händler für das Simri zwei Gulden gefordert, ein Käufer ihm aber etwas weniger geboten und, auf des Ersteren strafbare Antwort (er soll erwidert haben: „eher seine Ware ins Wasser zu werfen als so zu verkaufen!“) tatsächlich an demselben sich zu rächen und mit Gewalt der Kartoffeln sich zu bemächtigen versucht haben. Nachdem der herbeigeeilte Stadtschultheiß alles zur Schlichtung des Streites - durch die grobe Hartnäckigkeit des Händlers jedoch vergebens - versucht, riß den Umstehenden die Geduld und in zahlreicher Masse stürzten sie nun über die Verkäufer her; - das Volk war zügellos und wer nicht billig verkaufen wollte, der mußte der Gewalt weichen. [...] Die Masse, einmal aufgeregte und zu Gewalttaten hingerissen, drängte sich, von einigen dazu aufgefordert, in zahllosen Haufen lärmend und tobend durch die Straßen der Stadt vor das Etablissement des Kunstmüllers Wieland, welcher schon in den Morgenstunden unter dem Fruchthause jämmerlich mißhandelt wurde [...]. Unter Wüten und Schreien wurde gegen dieses Gebäude ein Bombardement gerichtet, das alles zertrümmerte; im Sturm drang man in das Innere und unter wildem Frohlocken fielen die Exzedenten über das Eigentum des Besitzers her. Die anwesende Polizei und Gendarmerie vermochte nichts. In ihrer Gegenwart wurden die prächtigen Möbel zerschlagen, Geld und Pretiosen ausgeschüttet und zerstreut und als selbst die requirierte Infanterie erschien, war man nicht im Stande, die Wut der Tumultanten zu stillen; ungehindert wurden noch jetzt die größten Quantitäten Mehl hinweggeschleppt, hauptsächlich war es das weibliche Geschlecht, welches sich hervortat; [...].“

Ulmer Schnellpost.

Eine Zeitung politischen und nichtpolitischen Inhalts.

Fester Jahrgang.

Nr. 50.
Mittwoch, den 1. März
1848

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme des Montags. Preis für Ulm vierteljährlich 48 fr.; für Auswärtige durch die Post in ganz Württemberg halbjährlich 2 fl. 6 fr., im Ausland mit geringem Postzuschlag. — Das Allgemeine Anzeigebblatt erscheint täglich, zuvörderst als Beilage der Ulmer Schnellpost, außerdem wird dasselbe allen Paasbesitzern Ulm's unentgeltlich abgegeben und gegen nur 6 fr. Trägerlohn per Quartal zugebracht. Inserations-Gebühr 2 fr. per gespaltene Zeile aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum.

Das Bevormundungssystem und die Opposition in Deutschland und in Württemberg insbesondere.

Die Romantik legt sich schlafen und die Vernunft erwacht, — mit diesen wenigen Worten läßt sich die ganze Richtung unserer Zeit bezeichnen. Die Romantik auf dem religiösen, politischen und sozialen Gebiet stimmt, vom Leben überflügelt, ihren Sierbegefang an, und die Vernunft stellt immer kühner und schärfer die Bedingungen der Religion, des Staates und der Gesellschaft der Zukunft auf. — Was ist interessanter, als der Arbeit der religiösen, politischen und sozialen Wiedergeburt einer ganzen Welt anzuwohnen, als aus dem Tode ohne Unterlaß die Keime eines neuen, kräftigeren und schöneren Lebens sich entwickeln zu sehen? Was ist zugleich mehr geeignet, unser Vertrauen in die Geschie des Menschengeschlechts zu stärken und zu befestigen, als die Jahrtausende alte Nacht der Unwissenheit, der Unfreiheit und Ungleichheit nach und nach der Morgendämmerung Platz machen zu sehen, welche den fröhlichen Tag der Wissenschaft, der Freiheit, der Gleichheit verkündet? — Kampf ist Bewegung, und Bewegung ist direkt oder indirekt Fortschritt. Ein eigentlicher Rückschritt in der Entwicklung der Menschheit ist eben so undenkbar, als in der des Individuums; und wenn das Individuum stirbt, so stirbt die Menschheit nicht. Stets sich verjüngend und erneuernd, reißt sie die alten Institutionen ab, die sie bis daher regierten, um sie durch bessere, vollkommene, den neuen Bedürfnissen entsprechendere zu ersetzen. — Was hier in Betreff des Umbildungsprozesses von der ganzen Menschheit gesagt ist, gilt genau auch von jeder einzelnen Nation. Immer geht die kritische Epoche der organischen voraus; immer müssen von der Kritik die früheren Gestaltungen auf dem Boden des staatlichen, kirchlichen und sozialen Lebens erst aufgelöst werden, bevor die neuen Platz greifen können. Die Kritik in ihrem Werke beschränken, heißt also nichts Anderes, als die Arbeit der steten Wiedergeburt erschweren; als den organischen Fortschritt hemmen, um dafür die Revolution herbeizurufen. —

Allerdings hat der Staat das Recht, ja sogar die Pflicht, darüber zu wachen, daß die Kritik nicht an die physische Gewalt, nicht an die Leidenschaften appellire. Aber eben so gewiß ist, daß der Staat sich ein Recht anmaßt, das ihm nicht zukommt, sobald er die Kritik innerhalb der angegebenen Grenzen willkürlich beschränkt; sobald er für wesentlich ephemere Gesetze und Einrichtungen eine Dauer in Anspruch nimmt, welche die Kritik aufgehört hat, ihnen zuzuerkennen. — Diese einleitenden Bemerkungen waren nothwendig, um den Standpunkt zu fixiren, den wir den bestehenden Einrichtungen gegenüber einnehmen. Rede, Gewissens-, Lehr- und Pressfreiheit, Freiheit der Lokomotion, Freiheit sich zu versammeln und zu verbinden, das sind für uns die Grundbedingungen eines gesunden politischen Lebens, und nur derjenige Staat, der seinen sämtlichen Gliedern diese Freiheiten gewährleistet, verdient in unsern Augen nicht mehr den trostlosen Namen eines Polizeistaates. Allerdings sind dann noch andere Bedingungen erforderlich, um den Rechtsstaat vollständig zu machen, und davon wollen wir hier nur anführen: Besteuerung jedes Staatsbürgers nach seinem jeweiligen reinen Einkommen; Uebernahme der Kosten der nationalen Erziehungs- und Unterrichts Anstalten auf die Staatskasse, sobald die für diesen Zweck vorhandenen Stiftungen nicht ausreichen; Steuerbewilligungerecht und Mitwirkung zur Gesetzgebung durch die vom Volke gewählten Abgeordneten; Deffentlichkeit und mögliche Einfachheit in allen Zweigen der Staatsverwaltung; Handhabung der Justiz durch Geschwornengerichte; Gewerbefreiheit, mit der damit so eng zusammenhängenden Freizügigkeit und dem Rechte, einen Familienstand zu gründen; Armen-Versorgungsanstalten; Creditanstalten, die jedem ehrbaren und fleißigen Bürger zugänglich sind; vollkommene Sicherheit der Person und des Eigenthums, und insbesondere auch des industriellen u. s. w. — Allein immerhin bleibt es wahr, daß letztere Forderungen wesentlich durch die erstern bedingt sind und daß, wenn Rede, Gewissens-, Lehr-, Pressfreiheit u. s. w. die ersten Grundlagen des modernen Gesellschafts-Gebäudes bilden, diese consequenter Weise erst vorhanden sein

183

Ulmer Kronik.

Politische Zeitung
aus Oberschwaben.

Nr. 73. — Freitag den 24. März 1848. Ereue!

* **Programm der Ulmer Kronik.**

Unsere verfassungsmäßig-konservative Meinung, weit entfernt, durch die neuesten Ereignisse geprenzt und vernichtet worden zu sein, hat vielmehr jetzt, wo sie der politische Haß nicht mehr fälschlich mit einer absolutistischen Reaktionspartei, die in fremden Kabinetten und einem widrigen Bevormundungssystem ihren Sitz hatte, verwechseln kann, jetzt, nach dem gewaltigen Umschwung der Dinge, erst ihre wahre Bedeutung und Stellung gewonnen. Durch die Pressefreiheit ist es auch ihr gestattet, unumwunden ihre Gesinnungen und Zwecke auszudrücken; und sie wird dies thun uneingeschränkt von einem Terrorismus, welchen nur die Noth die Nothwendigkeit gegen das Palladium unserer Rechte, die Denkfreiheit, auszuüben sich erlauben kann.

Vor Allen erklärt sich nun die konstitutionell-konservative Meinung einverstanden mit der Idee eines einigen und starken Deutschlands durch Nationalvertretung in zwei Häusern und Aufstellung eines Bundeshauptes; aber entschieden müßte sie sich jedem Republikanismusplan in monarchischen Staaten, und jedem Versuch, den regierenden Fürsten die Bildung eines deutschen Oberhauses zu versagen, entgegenzusetzen. Ebenso entschieden ferner, als sie die Gewährung der allgemeinen Staatsbürgerrechte in ganz Deutschland, und der besonderen freisinnigen Institutionen in den speziellen Ländern billigt und fördert, wird sie jedes demokratische Gelüste nach den unveräußerlichen Prärogativen der Krone und der verfassungsmäßigen Emolumenten derselben, auf welchen beiden ihre äußere Würde basirt ist, zurückweisen. Gemäß den Worten der Schrift: „Geh dem Kaiser, was des Kaisers, und Gott was Gottes ist“, wird sie jede Veräußerung der berechtigten Kirchen durch aufstrebende Sekten mißbilligen, jede Anfeindung derselben durch Proselytenmacher widerlegen, und darauf hinwirken, daß der desorganisirende und demoralisirende Gedanke, der Staat müsse sich gegen jede Religion gleichgültig verhalten, zurückgedrängt werde. Ebenso wird sie, obwohl erfreut, daß die auf Grund und Boden lastenden Steuern durch gesetzliche Uebereinkunft foran wegfallen, nicht in eine völlige Deposition der Berechtigten einwilligen und die denselben durch europäische Verträge und un're Verfassung garantirten staatlichen Rechte vindiciren. Sie wird eine passende Revision der Verfassung auf verfassungsmäßigem Wege nicht zu hindern suchen; namentlich liegt auch ihr die Vereinfachung des Räderwerks der Staatsmaschine sehr am Herzen; eine Aufhebung gewisser Mittelstellen, z. B. des zwischen den Ministerrath und König eingeschobenen Geheimraths, und der zwischen den Bezirksverwaltungen und der Oberregierung stehenden Kreisbehörden, wird sie, wenn eine gelenktere Einrichtung an deren Stelle tritt, durchaus nicht tadeln; aber sie müßte sich bestimmt gegen die Entrechtung solcher Staatsdiener erklären, welche auf öffentlichen Glauben und Ereue hin bisher funktionirt haben.

Schließlich versichert sie, daß das gegenwärtige Ministerium eine freiwillige Stütze an ihr finden wird, sofern es der Anarchie steuert, Person und Eigenthum kräftig schützt, kommunistische und räuberische Anläufe mit gesetzlicher Strenge bestraft, überhaupt die staatliche Ordnung handzuhaben im Stande ist. Sollte es aber dem Andrang der jede Gesellschaft gefährdenden auflösenden Elemente und Begriffe, welche gegenwärtig grassiren, nicht den gehörigen Damm entgegenzukommen, sollte es durch seine Institutionen der Noth, der Verarmung und Demoralisation nicht zu steuern vermögen, — dann wird die konservative Meinung, bewaffnet, wie sie gesetzlich werden soll, für die Selbsterhaltung auch zur Selbsthilfe greifen müssen. Darum beile sie diese Meinung, auch ihrerseits auf die Bühne der Versammlungen und der Wahlen zu treten!

In dem eben bezeichneten Sinne wird die Ulmer Kronik der verfassungsmäßig-konservativen Seite als Organ dienen, in dem sie sich über einzelne Fragen das Protokoll offen behält.

Auf die Ulmer Kronik werden für das zweite Quartal d. J. vom 1. April bis 1. Juli auf allen Posten, für Ulm und die Umgegend auf der Expedition, und für Stuttgart bei C. Greiner Bestellungen angenommen.

Dieses Blatt erscheint, außer Montag, täglich und wird am Abend in Ulm ausgegeben und versendet. Das Abonnement für Ulm und die Umgegend beträgt halbjährlich 1 fl. 36 kr. und vierteljährlich 48 kr.; auswärts für Württemberg und die beiden Hohenzollern 2 fl. 14 kr. halbjährlich. Alle R. Postämter nehmen Bestellungen an. Einrückungsgebühren die gespaltene Zeile 2 fr.

Für Stuttgart und die Umgegend abonirt man um den monatlichen Preis von 18 kr. bei D. Buchdruckerei-Inhaber Greiner nach dem Wilschloßplatz; in Cannstadt bei G. Buchhändler Oppenb. Beiträge (nicht anonym!) sind an die Redaktion, Inserate an die Expeditionen hier, so wie auch in Stuttgart und Cannstadt einzuliefern.

Material 6: Berufe der Offiziere der Bürgerwehr Ulm

Hauptleute des 1. und 2. Bataillons

Spitzenbeamte, adelig	2
Berufsoffiziere, adelig	2
Fabrikant	1
Wirt	
Handwerksmeister	1
Schreiber	1
»Famulus der Realanstalt«	1
	9

Leutnants des 1. und 2. Bataillons

Kaufleute	4
Mediziner	1
Lehrer	2
Wirte	2
Handwerksmeister	2
Handwerker	3
Schreiber	1
»Lohnbedienter«	1
	16

Aus: Trox, Eckhard, Bürger in Ulm: Parteien, Vereine, Geselligkeit, in: Hans Eugen Specker (Hrsg.), Ulm im 19. Jahrhundert (Forschungen zur Geschichte der Stadt Ulm: Reihe Dokumentation, Bd. 7), Ulm 1990, S. 194.

Material 7: Karikatur aus Ulmer Kronik vom 18. Februar 1849 (StA Ulm, G 5 26)



Material 8: Erklärung der Volksversammlung vom 22. April 1849, veröffentlicht im Bulletin der Ulmer Schnellpost vom 22. April 1849 (Abendblatt) (StA Ulm, G 5/30)

In der von mehr als 4000 deutschen Bürgern (auch vielen Bayern) besuchten Volksversammlung auf dem Judenhof wurde folgende

offene Erklärung

einstimmig genehmigt und beschlossen, dieselben der deutschen Nationalversammlung und der württembergischen Volkskammer zuzustellen. Ein ausführlicher Bericht über diese Volksversammlung wird folgen.*) —

„Die Nationalversammlung hat das Werk, zu welchem sie berufen war, zu Stande gebracht. Was das deutsche Volk seit Jahrhunderten ersehnte und erwartete, seine Fürsten aber ihm zu verschaffen theils nicht fähig, theils nicht geneigt waren, die Freiheit und Einheit im Innern, die Ehre und Macht nach Außen, dafür hat es endlich selber sorgen müssen, und hat dazu seine Abgeordneten in der Versammlung zu Frankfurt vereinigt. Nun deren Werk, die deutsche Reichsverfassung, vollendet ist, werden von Seiten mehrerer Regierungen und ihrer Werkzeuge und Schmeichler verschiedene Versuche gemacht, dasselbe wiederum in Frage zu stellen, nach ihren besondern Interessen abzuändern und seine endliche Gültigkeit von ihrer Gnade abhängig zu machen. Das wäre nur die Lösung zu neuen Kämpfen, zu neuem Elend, zu neuer Zerspaltung und Knechtschaft.

*) Neuere zuverlässige Nachrichten aus Stuttgart haben wir noch nicht.

Wir wollen das nicht dulden um des ewigen Rechtes willen, um der Volksehre willen, um unserer Wohlfahrt und um des Glückes unserer Kinder willen. Wenn in der vollendeten Verfassung Einiges noch unsern Wünschen und Hoffnungen nicht entspricht, so wird es doch von dem Gutem bei Weitem überwogen, und des Volkes Kraft und Einsicht, und nur sie allein wird die Mittel finden, das Mangelnde zu ergänzen, das Untaugliche auszuschneiden, das minder Gelungene zu verbessern. Darum erklären wir nun feierlich:

1) Wir erkennen die von der Nationalversammlung beschlossene und amtlich verkündigte Reichsverfassung nebst dem Wahlgesetze als das rechtlich zu Stande gekommene und allgemein und unbedingt verbindliche Grundgesetz des deutschen Volkes an.

2) Wir schreiben nur der durch diese Verfassung geschaffenen Volksvertretung und Reichsgewalt die Befugnis zu, Abänderungen an derselben zu treffen.

3) Wir fordern die Nationalversammlung auf, wie bisher, fest bei ihrem Werke zu beharren, und sich in keine Vereinbarung oder Verständigung wegen der Reichsverfassung mit den Fürsten einzulassen.

4) Wir sichern ihr für diesen Fall unsere kräftige Unterstützung zu, indem wir Jeden, der seinen Willen wider

den ihrigen setzen wollte, für einen Feind des Volkes erklären.

5) Wenn das Oberhaupt des deutschen Reichs jetzt noch nicht nach Vorschrift der Verfassung eingesetzt werden kann, so sorge die Nationalversammlung kraft des durch sie vertretenen Volkswillens für eine einstweilige Regierung, welche wir anerkennen und stützen werden.

6) Dem württembergischen Ministerium, sowie der Kammer der Abgeordneten sprechen wir unsere volle Anerkennung für die Haltung aus, die sie der Krone gegenüber in dieser Sache eingenommen haben und sichern ihnen unsere kräftige Unterstützung für alle im Geiste ihres bisherigen Benehmens zu fassenden Beschlüsse auch für den Fall zu, daß wider Erwarten der Widerstand der Krone gegen den einstimmigen Willen des Volkes fortbauern und die Volkskammer durch den Drang der Umstände sich genöthigt sehen sollte, sich permanent zu erklären.

Aus Auftrag der heutigen Volksversammlung in Ulm
der Vorsitzende:
Ludwig Seeger.
Ulm, 22. April 1849.

Landtags- und Reichstagswahlrecht

Bei den Wahlen zum württembergischen Landtag waren nur die mit einer staatlichen Steuer belegten Gemeindeglieder wahlberechtigt. Zusätzlich wurden noch die Wohlhabenden begünstigt: Die Wahl der Landtagsabgeordneten erfolgte über die Wahlmänner, die in ihrer Anzahl auf ein Siebtel der Wähler festgelegt war. Die höchstbesteuerten Bürger eines Wahlkreises (ca. 10 %) stellten automatisch zwei Drittel der Wahlmänner, während die übrigen Bürger (ca. 90 Prozent der Wahlberechtigten) das restliche Drittel der Wahlmänner wählte. So besaßen die Höchstbesteuerten ein direktes Wahlrecht, die übrigen Bürger nur ein indirektes. 1868 wurde das Landtagswahlrecht vom Besitz des Gemeindegliederrechts am Wohnort gelöst und in ein allgemeines und direktes Wahlrecht für alle männlichen Staatsbürger umgewandelt. Der württembergische Landtag war ein Zweikammerparlament. In der ersten Kammer saßen die Prinzen des königlichen Hauses, die Standesherrn (1806 mediatisierter Adel) und die vom König ernannten Mitglieder. Die zweite Kammer bestand aus 70 nach obigem Verfahren gewählten Vertretern und 23 sogenannten Privilegierten, nämlich 13 Vertretern des ritterschaftlichen Adels, 6 protestantischen und 3 katholischen Geistlichen sowie dem Kanzler der Universität Tübingen.

Bei der Gründung des Deutschen Reichs 1871 wurde das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für alle erwachsenen männlichen Staatsbürger des ehemaligen Norddeutschen Bundes übernommen. Ausgenommen waren u.a. Soldaten und Personen, die Armenunterstützung empfangen. Ulm gehörte zum Reichstagswahlkreis Ulm-Heidenheim, der die Oberämter Ulm, Heidenheim und Geislingen umfasste.

Allgemeines
Anzeigebblatt von und für Ulm
nebst seiner Umgegend.
Amtsblatt der Stadt Ulm.

No. 266. Mittwoch den 14. November 1855

Amtliche Anzeigen.

Bekanntmachung,

die Wahl eines Abgeordneten hiesiger Stadt zur Ständeversammlung betreffend.

I. Hinsichtlich der demnächst vorzunehmenden Wahl eines Abgeordneten der hiesigen Stadt zur Ständeversammlung wird Folgendes bekannt gemacht:
Der siebente Theil der Gesamtzahl der Bürgerschaft hat nach der Verfassungsurkunde den Abgeordneten zu wählen. Da die Gesamtzahl der hiesigen Bürger 2116 beträgt, so ist die Zahl der Wahlmänner 302.
Zwei Drittel dieser Wahlmänner bestehen aus denjenigen Bürgern, welche im vorigen Rechnungsjahre die höchste direkte Staatssteuer (Grund-, Gefäll-, Häuser- und Gewerbesteuer) entrichtet haben, und zu dieser Steuer bei jetziger Wahlzeit noch pflichtig sind.
Diese Höchstbesteuerten — Wahlmänner erster Klasse genannt — sind aus den Steuerbüchern erhoben und werden hiemit in nachstehendem Verzeichniß öffentlich bekannt gemacht.
Da bei früheren Wahlen vorgekommen seyn soll, daß diejenigen Bürger, welche das letzte Drittel zu wählen haben, mit Männern aus der Liste der Höchstbesteuerten ihre Stimmzettel ausfüllten, so wird ausdrücklich hievord verwarnt, mit dem Anfügen, daß natürlich alle diejenigen, welche in nachstehendem Verzeichniß enthalten sind, nicht auch für das letzte Drittel gewählt werden können.
Dieses letzte Drittel — Wahlmänner zweiter Klasse genannt — wird durch diejenigen Bürger gewählt, welche im vorigen Steuerjahr ebenfalls eine direkte Staatssteuer (ohne Rücksicht auf deren Größe) bezahlt haben und zu deren Bezahlung auch jetzt verpflichtet sind.
Wahlzettel für diese Wahl werden in den nächsten Tagen ausgegeben.
Die Namen der auf diese Art Gewählten werden nach beendigter Wahl sofort bekannt gemacht werden.
Bei der Ausmittlung der Höchstbesteuerten mußte darauf Rücksicht genommen werden, daß dieselben nur dann zu Wahlmännern befähigt sind:

- 1) wenn sie einem der drei christlichen Glaubensbekenntnisse angehören;
- 2) wenn sie weder unter väterlicher Gewalt, noch unter persönlicher Vormundschaft und Privatdienstherrschaft stehen;
- 3) wenn sie weder dormalen sich im Ganze befinden, noch früher wegen selbst verschuldeten Gantes bestraft worden sind;
- 4) wenn sie weder zu einer Zucht-, Arbeits- oder Festungsstrafe, noch zu bleibendem oder zeitlichem Verluste der Dienst- und Ehrenrechte (bei zeitlichem Verluste während der Dauer der Entziehung dieser Rechte) verurtheilt, noch durch gerichtliches Erkenntniß unter polizeiliche Aufsicht, während der Dauer derselben, gestellt worden sind, noch wegen eines solchen Verbrechens, welches mit diesen Strafen belegt ist, in Untersuchung sich befinden;
- 5) endlich sind Beisitzer, Ehrenbürger, Wittwen und minderjährige Bürger, auch wenn sie zum Behufe der Bertheilung oder des Gewerbesbetriebs von der Minderjährigkeit dispensirt worden wären, von der Befugniß, den Abgeordneten zu wählen, ausgeschlossen, selbst wenn sie die höchste Steuer zu zahlen hätten.

II. In Betreff der Wahlmänner II. Klasse wird bemerkt, daß denselben im Laufe des Vormittags morgenden Mittwochs mit besonderer Belehrung über die Wahl und mit einem namentlichen Verzeichniß sämmtlicher wählbarer Bürger Stimmzettel zugestellt werden.
Es wird indessen jetzt schon bemerkt, daß die Wahl der Wahlmänner zweiter Klasse am

Freitag den 16. dieses Monats Vormittags

auf dem Rathhause dahier stattfindet, und zwar:

für Lit. A. von 8—10 Uhr,
" " B. und Gräben von 10—12 Uhr,
" " C. von 1 bis 3 Uhr,
" " D. und aufferhalb von 3—5 Uhr.

Die zur Wahl Berufenen haben sich bei ihrer Wahl der Wahlmänner II. Klasse auf Bürger aus ihrem betreffenden Stadtviertel, denen Gräben und aufferhalb zugetheilt worden, zu beschränken.
Ulm, den 13. November 1855.

Die Commission für Entwerfung der Wählerlisten:
Stadtschultheiß Schuster. Obmann des Bürgerausschusses:
Stadtpfleger Clemens. G. Wolbach.
Rathschreiber Speidel.

Den 202 Wahlmännern, die sich aus den höchstbesteuerten Bürgern des Wahlkreises zusammensetzten, standen 100 Wahlmänner „II. Classe“ gegenüber, die von den restlichen Bürgern gewählt wurden (StA Ulm, B 001/3 Nr. 1).

Vereine, Parteien und Gewerkschaften

Seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden zahlreiche Vereine in Ulm. 1836 gab es rund 150 gesellschaftliche Zusammenschlüsse. Die Bürger traten aus ihren ständisch-zünftisch gegliederten Sozialkreisen heraus und konnten sich freier nach Interessen organisieren, um gesellige, berufliche, wirtschaftliche, wissenschaftliche, religiöse, künstlerische oder karitative Zwecke zu verfolgen. Durch den freien Zusammenschluss, die formale Gleichberechtigung ihrer Mitglieder sowie durch die Selbstorganisation und Selbstbestimmung der Vereine wurde im Kleinen erprobt, was der Staat den Bürgern noch vorenthielt.

Gesellige, freizeitorientierte Vereine waren z.B. die aus mehrheitlich wohlhabenden Bürgern bestehende **Stossenburg**, deren Name sich vom Gastgeber herleitete, oder die **Hundskomödie**, die eher die Handwerker ansprach.

Sehr exklusiven Charakter besaß die schon 1786 gegründete **Mittwochsgesellschaft**, in der sich die politische, wirtschaftliche und intellektuelle Elite traf, um über persönliche, städtische und politische Probleme zu sprechen. Ihre Exklusivität wurde durch die Beschränkung der Mitgliederzahl noch unterstrichen.

Ein weiterer bedeutender Verein war die **Museumsgesellschaft** (1841 entstanden aus dem Zusammenschluss von **Lesegesellschaft** und **Casino-Gesellschaft**), die geselligen und kulturellen Zwecken diente und im gehobenen Bürgertum beheimatet war.

Wissenschaftlichen Anliegen diente der v.a. aus Honoratioren bestehende, 1841 gegründete **Verein für Kunst und Altertum in Ulm und Oberschwaben**, dessen Leistungen vor allem im Einsatz um Erhaltung und Vollendung des Ulmer Münsters, der Sammlung von Kunstgegenständen aus Ulm und Oberschwaben und der Erforschung der Geschichte zu sehen sind.

Auf wesentlich breiterer Basis entstanden seit den 20er Jahren die Gesangsvereine. Diese wurden zusammen mit den Turnvereinen zu Massenorganisationen, die sich für die nationale Einigung und liberale Freiheitsrechte stark machten. Der 1846 gegründete **Turnverein** stellte aus seinen Reihen einen freiwilligen Steigerzug auf, aus dem die Freiwillige Feuerwehr hervorging. Die Turner standen in der Revolution 1848/49 in enger Verbindung mit den demokratischen Volksvereinen.

Unter den im Vormärz und der Revolutionszeit entstandenen zahlreichen politischen Vereinen sind u.a. die liberale **Bürgergesellschaft** (1838), der linksliberale **Politische Verein** (1848), der ursprünglich liberal-demokratische, später nur noch demokratische **Ulmer Volksverein** (1848), die **politische Turngemeinde** (1849) und der **Arbeiterverein** (1848) zu nennen. Nach der Niederschlagung der Revolution wurden 1852 in Württemberg die kleinbürgerlich-demokratischen Volksvereine verboten, so dass auch der **Ulmer Volksverein** unterging. Nach 1860 begann die Formationsphase moderner Parteiorganisationen, wobei sich vor allem das akademische Bildungsbürgertum bei den Liberalen und Demokraten sammelte. Nachdem 1864 das Verbot der Volksvereine in Württemberg aufgehoben wurde, schlossen sich 1865 die Ulmer Liberalen und Demokraten im neuen **Ulmer Volksverein** zusammen. Dieses Zweckbündnis zwischen Liberalen und Demokraten hatte jedoch nur kurze Zeit Bestand, da sich die Frage, ob die Reichseinigung nur mit Preußen (kleindeutsch) oder auch mit Österreich (großdeutsch) erfolgen sollte, in den Vordergrund schob. Der größere Teil der Anhänger schloss sich der rechtsliberalen, die kleindeutsche Lösung favorisierenden **Deutschen Partei** an. 1869 schlossen die großdeutsch eingestellten Demokraten im **Freisinnig-Großdeutschen Verein** ein Zweckbündnis mit großdeutschen Konservativen und Katholiken, das sich jedoch 1871 nach der Reichsgründung schon wieder auflöste. Demokraten waren in Ulm nach 1870 mit einer Lokalorganisation der demokratischen **Volkspartei**, die sich jedoch nicht an Gemeindewahlen beteiligte, vertreten.

Nur bei Kommunalwahlen traten die **Bürgergesellschaft** sowie die um 1880 entstandenen Organisationen, wie z.B. der **Neustadtverein** und der **Katholische Bürgerverein**, an. Linke, der Volkspartei nahestehende Demokraten schlossen sich um 1890 auf Kommunalebene zu einem

Wahlbündnis, dem **Freien Volksverein**, zusammen. Die Gemeindewahlen waren zu dieser Zeit sehr personenorientiert, was auch daran abzulesen ist, dass häufig gemeinsame Kandidaten auf den Listen der einzelnen Parteien und Vereine erschienen.

Mit dem **Arbeiter-Bildungsverein** in Ulm wurde 1862 zehn Jahre nach dem Verbot der erste Arbeiterverein in Württemberg wiedergegründet. In der Folge entstanden weitere Arbeiterorganisationen wie der **Gewerkverein der Maschinen- und Metallarbeiter** und zu Beginn der 70er Jahre auch Ulmer Ortsgruppen des **Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins** und der **Sozialdemokratischen Arbeiterpartei**. Drei Jahre nach dem Zusammenschluss zur **Sozialistischen Arbeiterpartei** begann für die Arbeiterbewegung mit dem Sozialistengesetz von 1878 die Zeit der Unterdrückung, aus welcher sie schließlich gestärkt hervorging. Ein Jahr vor Aufhebung des Sozialistengesetzes entstand 1889 als Tarnorganisation der Sozialdemokratie der **Volksverein**, der sich 1890 in **Sozialdemokratischer Verein Ulm/Neu-Ulm** umbenannte. Aber erst in den Jahren ab 1905 gelang es der SPD, eigene Vertreter in die kommunalen politischen Gremien zu entsenden.

Material 1: Auszüge aus dem Festprogramm zum 90jährigen Bestehen der Hundskomödie (StA Ulm, E Hundskomödie Nr. 20)



Aus der Chronik der Hundskomödie.

1811. August. 20 Ulmer Bürger gründen die Hundskomödie mit einer Gesellschaftshütte in der Au.
1817. 18. 19. Der Garten wegen der theuren Zeit geschlossen.
1820. Fünfzig Mitglieder.
1823. Bau eines kleinen Bierkellers.
- 1827—1850. Bierlieferant „Platz-Mayer“ (Württembergischer Hof).
1840. Vorstand Hofmann.
1850. Kellnerin Louise Schäfer, als Nachfolgerin von's „Waldvogels Kätherle.“
- 1852—1874. Roth-Ochsenbier.
1861. 50 jähriges Jubiläum. 150 Mitglieder.
1866. Bewirthung von 17 gefangenen preuß. Landwehrmännern.
1867. Vorstand Mathes Schultes; erstmalige Gartenvergrößerung. 500 Mitglieder.
1872. 21. August. Besuch des deutschen Kronprinzen Friedrich Wilhelm v. Preußen.
1879. Goldochsenbier; 600 Mitglieder; 2. Gartenvergrößerung; Einführung der Saisonkarten.
1883. Kostümirte Wasserfahrt am Schwörmontag.
1887. Erstellung eines neuen Musikpavillons.
1888. Stiftung eines kupfernen Münsterspazens.
1890. Erbauung einer neuen Halle.
1892. Besuch von König Wilhelm und Königin Charlotte von Württemberg.
1899. Donautag und Besuch des Prinzen Ludwig von Bayern.

Material 2: Politische Vereine und Parteien in Ulm zwischen 1830 und 1870.

	Arbeiter	Demokraten	Liberale	Konservative
Vormärz			Bürgergesellschaft im Spangenberg-schen Kaffeehaus (1838): Mauch, Adam, Wiest	Dezember 1846: Elsner übernimmt Ulmer Kronik (Zeitung)
1848 Revolution			Nationalverfassungsv erein vom 18.4.1848 (Adam, Haßler, Schuster)	Affinitätsbekundungen der Ulmer Kronik für den konservativen Stuttgarter Bürgerverein (gegr. Juli 1847)
	Arbeiterverein (Schifterling); gegr. 15.6.1848	Politischer Verein: Liberale (Adam) und ausgesprochene Linksliberale (Schäl); gegr. 3.5.1848		
	Demokratischer Verein (Schifterling); gegr. 7.7.1848			
		Bürgerverein (Schäl); gegr. Sept. 1848		
		22.9.1848 Zusammenschluss zum liberal-demokratischen Ulmer Volksverein (Berblinger, Schuster); 1849 vollkommen demokratisch		
1849		1849 Anschluss aller demokratischen Vereine Ulms an den Zentralmärzverein: Volksverein, Bürgerwehrverein (1849), Arbeiterverein, politische Turngemeinde (1849), Dienstagsgesell-schaft (1849)		

1862	Die Frage nach dem Weg zur deutschen Reichseinigung schiebt sich in der politischen Vereinsbewegung in den Vordergrund			
Zeit vor der Reichseinigung	Arbeiterbildungsverein (Albrecht, Forstner); gegr. 1862			Konservativ-katholischer und großdeutsch-liberaler Ulmer Großdeutscher Verein für Württemberg (Adam); gegr. am 7.12.1862
		Ulmer Volksverein (Ebner, Leipheimer, Wolbach) unter Einschluss von propreußischen Liberalen (Schall, Albrecht); gegr. 5.3.1865. Spaltung am 9.1.1867		
			Ulmer Lokalverein der Deutschen Partei (Pfeiffer, Albrecht); gegr. Anfang 1867	
	Freisinniger Großdeutscher Verein in Ulm (Zweckbündnis zwischen antipreußischen Demokraten und großdeutschen katholischen Konservativen); gegr. November 1869			

Nach Eckhard Trox: Bürger in Ulm, in: Hans Eugen Specker (Hrsg.), Ulm im 19. Jahrhundert (Forschungen zur Geschichte der Stadt Ulm: Reihe Dokumentation, Bd. 7),

Ulm 1990, S. 169 - 238.

Material 3: Bericht in der Ulmer Schnellpost vom 7.8.1866 über die Differenzen im Ulmer Volksverein über die Frage der Reichseinigung (StA Ulm, G 5/30)

Stadtpost.
 Ulm, 5. Aug. Am vorigen Mittwoch hielt der hiesige Volksverein nach langer Unterbrechung wieder eine Sitzung. Von dem ohnedieß sehr zusammengeschmolzenen Häuflein erschienen 16 Mitglieder. Es handelte sich schließlich darum, ob eine Bürgerversammlung berufen werden solle, in welcher die Gegensätze der Ansichten über das, was jetzt nach den gegenwärtigen Verhältnissen für Deutschland zu erstreben sei, zur Abstimmung kommen sollen. Nachdem es — wenn wir nicht irren — einstimmig abgelehnt worden war, daß eine solche Versammlung vom Volksverein ausgehen solle, sprachen sich zwölf von den Anwesenden dafür aus, daß die beiden Abgeordneten Schall und Wolbach, oder wenn, was voraussichtlich geschehen würde, Schall dieß ablehnen sollte, Wolbach allein die Versammlung berufen solle. Die Uebrigen waren gerade jetzt gegen eine solche Versammlung, weil sie glauben, daß ihre Ansicht ohnedieß über kurz oder lang im Volk die Oberhand gewinnen werde und weil keiner von ihnen Lust hatte, nach einer solchen Polemik, wie sie jetzt vielfach geführt wird, die den

724

Gegner mit Titulirungen als „geldgefüllten Schweinsblasenherzen“, mit Anschuldigungen des Betrugs und Verraths abfertigt, sich in eine Debatte einzulassen. Das war auch die einstimmige Ansicht derer, die am Freitag sich versammelten, um sich noch einmal darüber zu besprechen, ob sie in der am Abend darauf stattfindenden Bürgerversammlung erscheinen sollten oder nicht. Sie ersuchten Hrn. Rechtskonsulent Schall, das öffentlich bekannt zu machen. — Daß die Versammlung auf der Wilhelmshöhe zahlreich besucht werden würde, war vorauszu sehen, denn es waren außer den Stuttgarter Herren Maier und Hausmann auch die Herren Struwe, Eckardt und Freese angefaßt.

Die bekannnten beobachtlichen Resolutionen bildeten die Themata, die von den fremden Rednern mit großer rednerischer Bravour behandelt wurden. Es wurde in den Reden viel Wahres und Beherzigenswerthes gesagt, weshalb es an verdientem Beifall nicht fehlte. Es wurden die Resolutionen auch von den Anwesenden adoptirt. Bekanntlich stimmen auch Schall und seine Gesinnungsgenossen mit Vielem, was in diesen Resolutionen gesagt ist, überein. Die Meinungsverschiedenheit besteht nur in Betreff der Fragen: Sollen wir acht Millionen Süddeutsche einen Anschluß an die 28 Millionen Norddeutsche anstreben? Sollen wir das norddeutsche Parlament beschicken und es dadurch zu einem deutschen machen? Sollen wir durch Sprengung des Zollvereins die schwersten Einbußen in Handel und Gewerbe riskiren? Unsere Gegner streben gegen den Anschluß an Norddeutschland und sagen: Lieber zehntausendmal lieber eine Trias, d. h. eine Bias, denn von Trias ist nach dem Frieden, den Oesterreich geschlossen hat, keine Rede mehr. Sie wollen das mittelstaatliche Parlament beschicken, zu dem übrigens noch wenig Aussicht vorhanden ist und das von den 31 Mittel- und Kleinstaaten nicht weniger als 27 nicht mehr hat. Sie sagen, dem Zollverein drohe keine Gefahr und wenn auch, so würde das bei richtig durchgeführten industriellen Grundfäden uns Süddeutschen keinen Schaden bringen. Als der französische Handelsvertrag alle Federn bewegte, da sahen dieselben, die jetzt in der Sprengung des Zollvereins keine oder doch nur eine kleine Gefahr sehen, eine große sehr große darin. Hatten sie damals recht oder jetzt? Wenn wahr ist, was uns schließlich über das Auftreten des Rechtskons. Leipheimer in einer Zusendung, aus welcher wir diesen Bericht geschöpft haben, mitgetheilt worden ist, so wäre unsere Besorgniß, daß durch ein Debattiren der Gegensätze die leider vorhandene Gereiztheit gesteigert worden wäre, mehr als gerechtfertigt. Jedenfalls muß daran erinnert werden, daß der Redakteur der Ulmer Schnellpost im Volksverein sich erklärt hat, in der Bürgerversammlung nicht zu sprechen, nicht wegen dessen, was etwa darauf ihm passiren könnte, sondern wegen dessen, was er und seine Familie bereits in den Tagen vorher thatsächlich schon erfahren hat. Der Unterschied kam ersichtlich sein.

Ulm, 5. August. Heute Morgen rühten alle Truppentheile, die in Ulm und Neu-Ulm in Garnison stehen, in die Friedrichsau zu einer großen Revue vor Sr. Erl. dem Grafen Wilhelm aus. Es waren Württemberger, Bayern, Oesterreicher, S. Weimaraner, Pippe-Schaumburger und Hessen. Eine große Menschenmenge fand bei dem imposanten Schauspiel sich zu Morgen verlassen und die Weimaraner und Pippe-Schaumburger, um in ihre Heimath zurückzukehren. Es herrscht über sie nur die Stimme des Lobes.

Ulm. (Schrankenverkehr vom Ende den 4. August.) Die Gesamtzukunft beträgt 3913 Etr., wovon 3733 verkauft worden, mithin stehen blieben 180 Centner. Die Gesamtumsatzsumme beträgt 21,222 fr. — Kernen hat um 43, Roggen um 12, Gerste um 12 fr. auf- und Haber um 1/2 abgeschlagen.

Verantwortlicher Redakteur Friedrich Albrecht

Anzeigen.

Stuttgart.

⁴⁵⁷ **Naturheilkundige Curen akuter und chronischer Krankheiten, insbesondere auch der Frauen und Kinder.** Zweckmäßige Combination der bis jetzt bewährtesten Heilverfahren, je nach individuellen Zeichen.

Schriftliche Anleitung zur praktischen häuslichen Anwendung des Naturheilverfahrens. Dr. med. **Dritschla.**

Für Fußleidende!

⁴⁵⁸ Patienten, welche an offenen Fußleiden (sogenannten Fußgeschwüren), leiden, wenn nicht gänzliche Heilung, so doch Linderung ihrer Uebel ohne Nachtheil für Gesundheit. Näheres durch Wund- und Geburtsarzt **Maichel** in Hasenweiler, DM. Ravensburg.

Gold-Cours. Frankfurt, den 4. August 1866.

Wechsel: Wien (100 fl. östr. W.) P. — 8. 88
 Pistolen fl. 9 34-38
 bitto doppelt = 9 34-38
 Preuß. Friedrichsd'or = 9 54-57
 Holländische Beuguldenstücke = 9 36-40
 Rand-Dufaten = 5 24-28
 Zwanzig-Frankenstücke = 9 16-19
 Englische Sovereigns = 11 36-40
 Russische Imperialen = 9 30-34
 Preussische Kassenheine = 1 13 1/2-14 1/2
 Dollars in Gold = 23 1/2-24 1/2

Witterungsbeobachtung von Ulm

am 6. August.	Morg. 7 U.	Mitt. 2 U.	Abd. 9 U.
Barometerstand	26° 7,2'''	26° 6,7'''	26° 6,5'''
Thermometer	+ 13°	+ 17°	+ 17°

am 5. August.	Morg. 7 U.	Mitt. 2 U.	Abd. 9 U.
Barometerstand	26° 6,1'''	26° 5,8'''	26° 6,2'''
Thermometer	+ 12°	+ 16°	+ 12°

Regen.

Material 4: Arbeiterbildungsverein

Ulm, 21. März. Am vorigen Montag versammelten sich auf den an sie ergangenen Aufruf hin die hiesigen Handwerksgehilfen im römischen Kaiser in großer Anzahl. Der Zweck der Versammlung war Gründung eines Arbeiterbildungsvereins, in welchem die Mitglieder ihre Ansichten austauschten und sich zu unterrichten suchen wollten über das, was ihnen bei den jetzt durch Einführung der Gewerbe-freiheit veränderten Verhältnissen am meisten Noth thäte. Wie erspriechlich ein solcher Verein wirken könne, das leuchtete Allen ein und es würden fast alle Anwesenden sich eingezeichnet haben, wenn nicht der Feuerlärm sie hinweggerufen hätte. Einstweilen traten einige dreißig zu einem Verein zusammen. Gestern wählten sie einen Ausschuß, der die Arbeiter zu einer zweiten Versammlung einladen soll.

Mitteilung in der Ulmer Schnellpost vom 22.3.1862

über die Gründung des Arbeiterbildungsvereins

(StA Ulm G 5 30)

S t a d t p o s t.

Ulm, 2. Mai. Gestern feierte der Arbeiterbildungsverein, der vor einiger Zeit sich hier konstituiert hat, sein Stiftungsfest auf der Wilhelmshöhe. Er wählte dazu den 1. Mai, den für jeden Gewerbsmann Württembergs so überaus wichtigen Tag, weil mit diesem Tag die Gewerbe-freiheit im Lande thatsächlich ins Leben tritt und mit ihr alle die Schranken fallen, welche die freie Regsamkeit bisher beschränkten. Der Saal war freundlich geschmückt. Zuerst ergriff Säcker Forstner das Wort, sprach über die Bedeutung des Tages, und übergab die provisorisch von ihm innegehabte Vorstandschaft an den Arbeiter Bossert. Später händigte er dem Ausschuß die Fahne ein, die der Arbeiterverein im Jahre 1848 sich angeschafft und die er (Forstner) vom Jahr 1852, als der Verein aufgelöst wurde, bis jetzt aufbewahrt hatte. Es wechselten Rede, Gesang, Deklamation. Neben manchem heitern Wort ward manche ernste Mahnung laut. Der Zweck des Vereins ist die Ausbildung des Arbeiters, weshalb er tüchtige Lehrer zu gewinnen gesucht hat, welche die Mitglieder namentlich im Rechnen und in der Buchführung unterweisen.

Bericht in der Ulmer Schnellpost vom 3.5.1862 über das Stiftungsfest

des Arbeiterbildungsvereins (StA Ulm G 5 30)

Zur Gemeinderatswahl.

Die Art und Weise, wie man in Ulm die Wahlen zum Gemeinderat behandelt, hat seit einer Reihe von Jahren Mißbilligung und in steigendem Maß Unwillen hervorgerufen. Der Teil der Bürgerschaft, der gerecht, maßvoll und unabhängig denkt, hat die Zusammenfassung des Gemeinderatskollegiums als eine wichtige, der gründlichsten Ueberlegung bedürftige und **vor allen unläutererem Umtrieben zu bewahrende Angelegenheit** erkannt. Was mußte man statt dessen erleben? Eine politische Partei, oder vielmehr eine **konserervative diktatorische Gruppe** innerhalb derselben, deren Grundsätze von der in ihrer überwiegenden Mehrheit freier gesinnter Ulmer Bürgerschaft stets verworfen worden sind, verstand es, ihre Sonderinteressen bei den städtischen Wahlen in den Vordergrund zu stellen und der widerstrebenden, leider lange Zeit lässigen und nicht organisierten Mehrheit der Bürger eine Vertretung aufzuzwingen, die im wesentlichen nicht nach Gründen des Allgemeinwohls, sondern lediglich nach der Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit zusammengesezt war. In dieser Weise hat jene Richtung in der deutschen Partei Jahre lang gesündigt und auf dem Rathhaus eine rücksichtslose Parteiherrschaft eingeführt, deren Druck schwer auf jedem Einzelnen lastete und noch in frischer Erinnerung ist. **Partei fanatismus und Strebertum** wurden ausschlaggebend, **Charakter, Intelligenz, Uneigennützigkeit** waren nicht mehr die in erster Linie maßgebenden Faktoren.

Das hiebei die Behandlung der Geschäfte auf dem Rathhaus notleiden mußte, kann nicht Wunder nehmen. Die Einseitigkeit der Gesichtspunkte mußte zu Fehlgriffen in wichtigen Fragen führen und aus der Rücksicht auf die Bewahrung der absoluten Parteiherrschaft ergab sich die Schädigung des gemeinen Wohls, aus der Herrschaft die Willkür.

Mit dem Amtsantritt des neuen Stadtvorstands, der, wie sich bei seiner Wahl zeigte, das Vertrauen der Bürgerschaft besitzt, hoffte man auf eine gründliche Besserung dieser Zustände. Manche Hoffnungen wurden erfüllt, aber die Erfahrung hat gezeigt, daß eine gründliche Wandlung nur dann möglich ist, wenn dem neuen Haupte neue Glieder angefügt werden. Das beste Wollen und Können wird gelähmt, wenn es den Mitberatern an klarer und gerader Initiative fehlt, wenn in wichtigen Fragen gefaßte Beschlüsse wieder umgestoßen werden und jedem Schritt vorwärts ein solcher rückwärts folgt, wenn die mühsam errungene Oeffentlichkeit der Beratungen in engherziger Weise beschränkt und der Einfluß einzelner privaten Personen und Familienkonventikel ein dominirender wird!

Angesichts dieser Verhältnisse hat der **Freie Volksverein Ulm** in seiner Vollversammlung vom 30. November d. J. einstimmig ausgesprochen:

Es ist darauf zu sehen, daß zu dem wichtigen Amt geachtete Männer von gereifter Lebensanschauung, von praktischer Erfahrung, von lauterem uneigennützigem Charakter und festen Grundsätzen gewählt werden. Hierbei darf der Schwerpunkt nicht auf das politische Parteibekennnis gelegt werden; es soll auf dem Rathhaus nicht eine Parteiherrschaft ausgedehnt werden. Andererseits empfiehlt es sich, eine Berücksichtigung der Parteistellung insofern, als, wenn die verschiedenen politischen Parteien in den bürgerlichen Kollegien angemessen vertreten sind, dies der Bürgerschaft als eine Gewähr für die friedliche und sachliche Erledigung der Geschäfte und als Schutz gegen das Hervortreten einseitiger und eigennütziger Bestrebungen gilt.

Demgemäß sollen zwei dem politischen Parteileben ferne stehende Männer, zwei Mitglieder des Freien Volksvereins und zwei Mitglieder der deutschen Partei in Vorschlag gebracht werden, woneben auf geeignete Vertretung der katholischen Mitbürger und der Bewohner der Neustadt ebenfalls Bedacht zu nehmen ist.

Im Hinblick auf diese grundlegenden Erwägungen schlägt der Freie Volksverein Ulm für die Gemeinderatswahl vom 7. Dezember folgende Männer vor:

Herr Bonbonsfabrikant **Enderle**,
" Kommerzienrat **Mahser**,
" Tapezier **Nicker**,

Herr Werkmeister **Hofmann**,
" Rechtsanwalt **Scheffold**,
" Bierbrauereibesitzer **Ziegler**.

Das sind Grundsätze, die jeder rechtschaffene Bürger billigen muß. Keine Parteidiktatur auf dem Rathhaus, kein Vorherrschen einzelner Familientreife, keine Ausnützung des Gemeinwesens zum Privatvorteil!

Wie hat sich hiezu die sog. deutsche Partei gestellt? Sie hat wiederum mit dem ihr eigenen Partei-Egoismus alle sechs Kandidaten aus ihren Reihen entnommen, sie beansprucht auch jetzt noch eine nackte Parteiherrschaft!

Wähler! Ist es nicht genug, wenn man dieser Partei ein Drittel der Ehrenstellen überläßt? Erhält sie dabei nicht mehr, als ihr nach der Zahl ihrer Anhänger und nach ihrer Bedeutung gebührt? Nein, sie verlangt bedingungslos **alle Rathhausitze**, sie will ihr **altes rücksichtsloses Parteiregiment** fortsetzen und kommt uns wieder mit Männern, deren Abgang vom Rathhaus aus sachlichen Gründen erwünscht und notwendig wäre.

Darum wenden wir uns an unsere Anhänger und Freunde, aber auch an unsere ehrlichen Gegner in der Politik, auf daß sie, wie schon oft, wenn es galt, sich zu einer bürgerlichen That erheben und schrankenloser Selbstsucht ein Ende machen. Wir schlagen Euch Ehrenmänner vor aus allen Parteien, Vertreter der **Groß-Industrie** wie des **Kleingewerbs**, in **Verwaltungs- und Rechtsfragen** bewandert, im **Bauwesen**, in der **Landwirtschaft** erfahren, zugleich Männer, die mit den Bedürfnissen der Neustadt und unseren katholischen Mitbürger vertraut sind. Ihr, die Ihr bei wichtigen Wahlen stets eine so glänzende Probe politischen Verstandnisses und freier unabhängiger Gesinnung abgelegt habt, haltet diese Gemeindevahl nicht für weniger wichtig!!

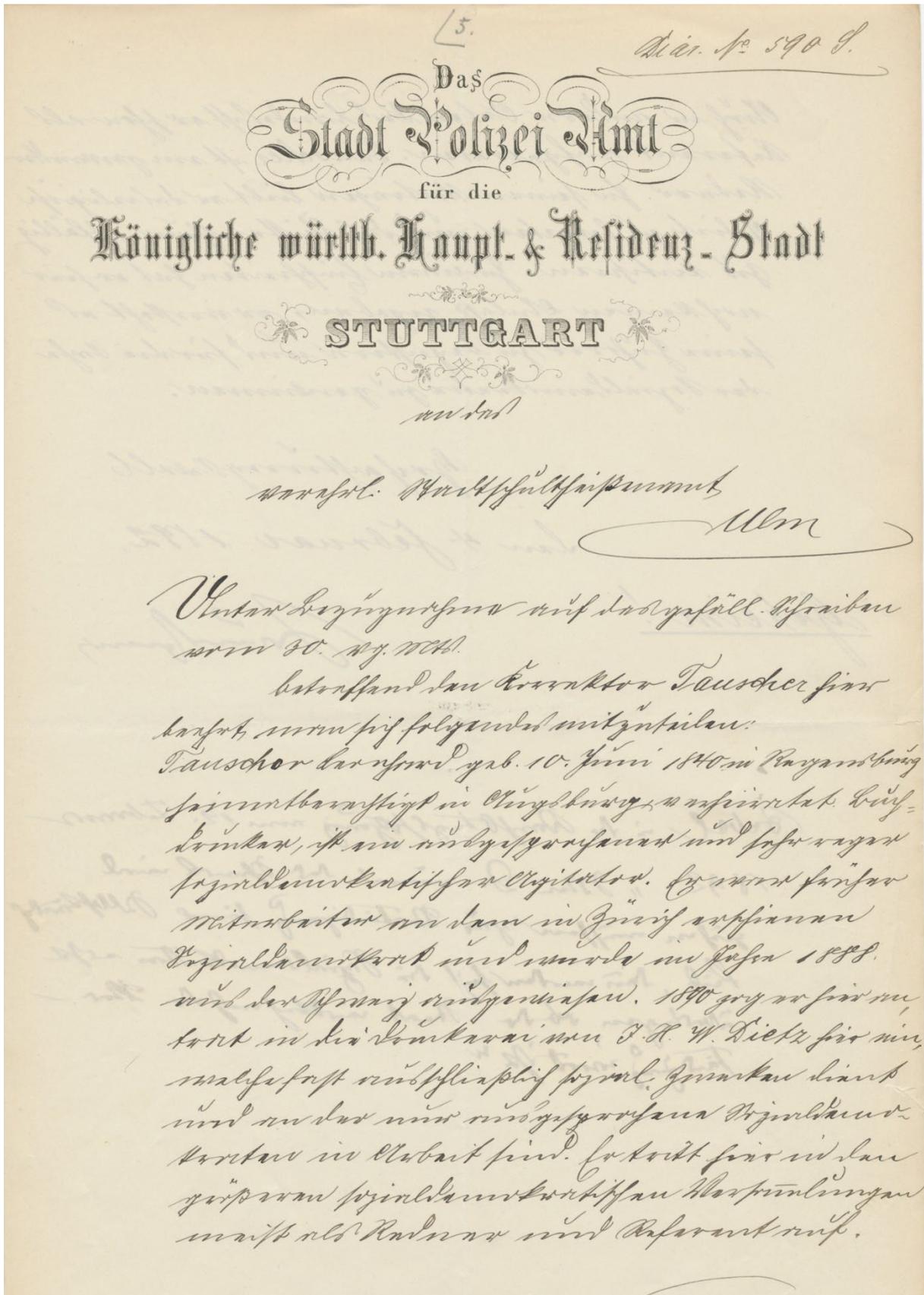
Diese Wahl ist eine Angelegenheit von der größten Tragweite und wird wieder auf Jahre hinaus bestimmend für die inneren Zustände der Stadt sein! Seid nicht lässig, versäumt nicht die Ausübung Eures Wahlrechts, achtet diese Wahl nicht gering! Bedenkt, was für alle auf dem Spiel steht, geht alle zur Wahlurne und wählet die von uns vorgeschlagenen sechs Männer. Zeigt Euch einig, laßt Euch durch nichts und durch niemand, nicht durch die Vorgesetzten selbst bestimmen, einen Namen abzuändern.

Ulm, den 5. Dezember 1891.

Der Ausschuß des Freien Volksvereins Ulm.

Druck der Ulmer Zeitung.

Dieses Flugblatt hatte eine Strafanzeige des Gemeinderats gegen den Vorstand des "Freien Volksvereins", Rechtsanwalt Albert Mayer in Ulm wegen Beleidigung zur Folge (StA Ulm, B 123/133 Nr. 6)



Obgleich im untern Obertan das Landel ist so pflegt als
 das Landel verfügbaren. Tauscher ist ein gewisser
 Mann. In seinen Worten liest man das selbige
 Gebiet zu betreten und das Schiffahrtswesen abfällig
 zu kritisieren. In einem Briefe hat er sich
 noch keinen Obertan gegeben, er versteht es
 seine Gefühle zu bezeugen und für die Sache
 des Sozialdemokratismus zu wirken.

Grafstr. 10
 am 4. Februar 1892.

Geheim!

J. H. W. Dietz

Am 3. Mai 1891 veranstalteten die "Vereinigten Fachvereine" eine Maifeier in der Tuchhalle, an der ca. 800 Personen teilnahmen. Die Festrede hielt der spätere Cannstatter Landtagsabgeordnete Leonhard Tauscher, der die Forderung nach einem Achtsturentag zum Thema machte. Zwei Beamte hielten den Verlauf der Versammlung und den Wortlaut der Rede schriftlich fest. Außerdem holte die Stadtverwaltung beim Stadtpolizeiamt Stuttgart nachträglich Auskünfte über Tauscher ein (StA Ulm, B 123/133 Nr. 5)

Transkription:

Das Stadtpolizeiamt für die Königliche württembergische Haupt- & Residenz-Stadt Stuttgart an das verehrte Stadtschultheißenamt Ulm

Unter Bezugnahme auf das gefällige Schreiben vom 30. vorigen Monats betreffend den Korrektor Tauscher hier beehrt man sich folgendes mitzuteilen. Tauscher, Leonhard, geb. 10. Juni 1840 in Ravensburg, heimatberechtigt in Augsburg, verheiratet, Buchdrucker, ist ein ausgesprochener und sehr reger sozialdemokratischer Agitator. Er war früher Mitarbeiter an dem in Zürich erschienenen Sozialdemokrat und wurde im Jahr 1888 aus der Schweiz ausgewiesen. 1890 zog er hier an, trat in die Druckerei von I.H.W. Dietz hier ein, welche fast

ausschließlich sozial Zwecken dient und an der nur ausgesprochene Sozialdemokraten in Arbeit sind. Er tritt hier in den größeren sozialdemokratischen Versammlungen meist als Redner und Referent auf. Auch in andern Orten des Landes ist er schon als Referent aufgetreten. Tauscher ist ein gewandter Redner. In seinen Vorträgen liebt er das religiöse Gebiet zu betreten und das Christenthum abfällig zu kritisieren. Zu einem Einschreiten hat er hier noch keinen Anlaß gegeben, er versteht es, seine Zuhörer zu begeistern und für die Sache der Sozialdemokratie zu gewinnen.

Hochachtungsvoll, den 4. Februar 1892

Geheim !

Transkription:

Abschrift

Eingel[aufen] beim Stadtpol[izei]Amt Ulm

30.7.92

Kaiserliches Gouvernement der Festung Ulm

Ulm, 30.7.92

I-No 1002/92

An das Wohllobliche Stadtpolizeiamt Ulm

Das Wohllobliche Stadtpolizeiamt Ulm ersucht das Gouvernement ergebenst, die Theilnahme von Militärpersonen am Waldfest der Arbeitervereine im Auge zu behalten, und hierüber, sowie über den Verlauf des Waldfestes überhaupt Mittheilung machen zu wollen, damit das Gouvernement in die Lage gesetzt wird, für künftige Fälle über zweckentsprechende allgemeine Maßregeln schlüssig zu werden.

Der Gouverneur

(gez) Graf von Alten

Erster Weltkrieg und Novemberrevolution

Mit der Verhängung des Kriegszustandes im Reich am 31. Juli 1914 ging die vollziehende Gewalt auch in Ulm an das Militär über. Die zivilen Behörden waren nun dem stellvertretenden Generalkommando unterstellt. Daneben unterstreicht die Stationierung von zeitweise 25000 Mann die starke militärische Prägung der Garnisonstadt Ulm.

Auf der politischen Bühne wurde bei Kriegsbeginn der viel zitierte „Burgfrieden“ ausgerufen. Der Kaiser konnte nach eigenem Bekunden keine Parteien mehr, „sondern nur noch Deutsche“. Die Sozialdemokraten hatten bis kurz vor dem Krieg noch scharf vor dessen Ausbruch gewarnt und organisierten Proteste. Tatsächlich schwenkten allerdings im August 1914 alle Parteien samt der großen Mehrheit der eher systemkritischen Sozialdemokraten auf Kriegskurs ein. Die Stimmungslage der Ulmer Bevölkerung bei Kriegsausbruch stellt sich uneinheitlich dar. Eine allgemein um sich greifende Kriegsbegeisterung ist aus den Quellen nicht zu belegen.

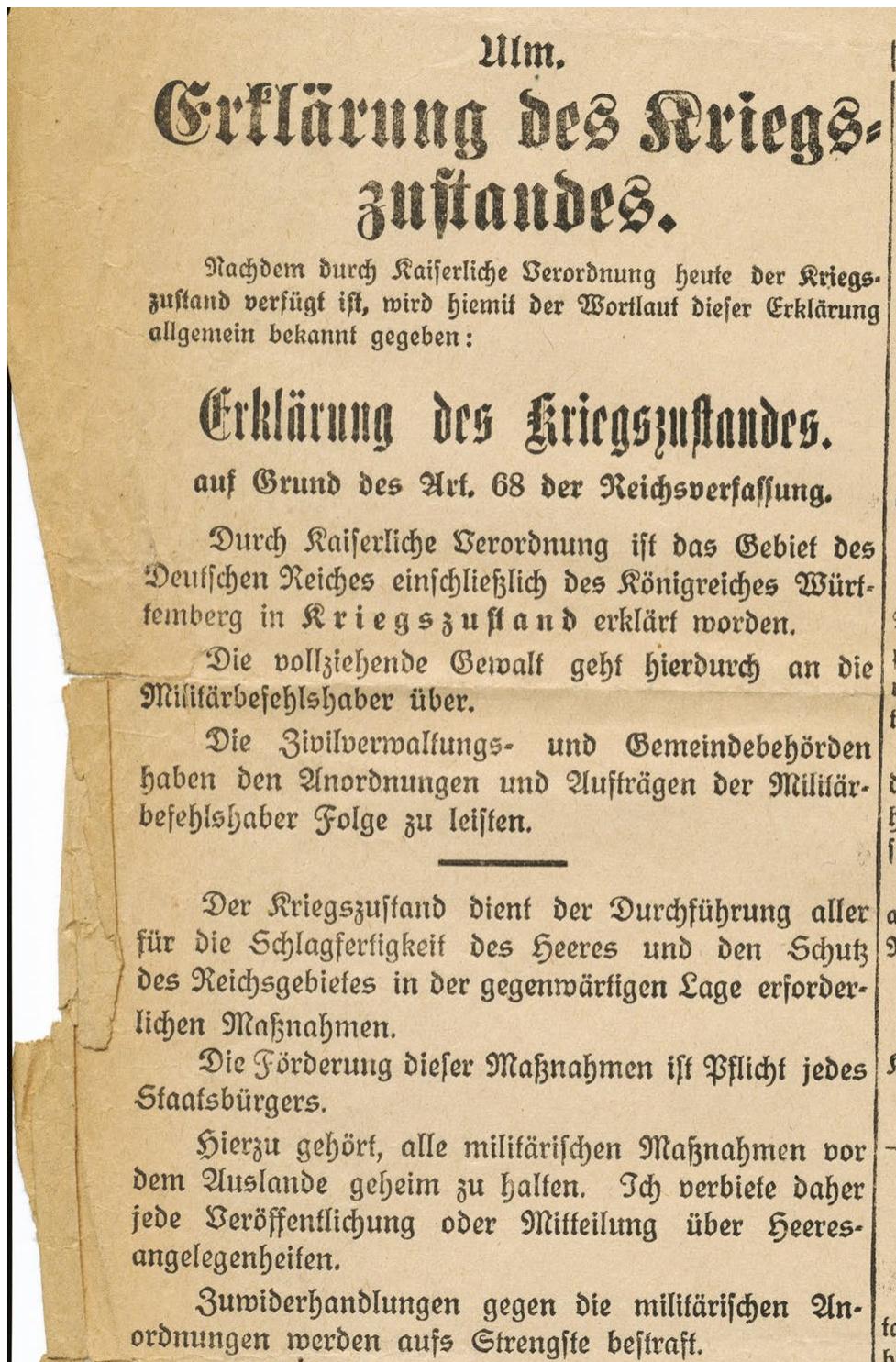
Im Laufe des Krieges, der sich nicht zuletzt aufgrund der englischen Seeblockade immer mehr zum Wirtschaftskrieg entwickelte, nahm die Kriegsmüdigkeit stetig zu. Hintergrund dafür war nicht zuletzt die Unzufriedenheit mit der Ernährungslage, welche seit dem sogenannten "Steckrübenwinter" 1916/17 katastrophale Ausmaße annahm. Das gesamte zivile Leben stand schließlich im Zeichen der Kriegführung. Ein kleiner, aber wachsender Teil der Sozialdemokratie um Karl Liebknecht hatte sich schon in den ersten Kriegsjahren gegen die Kriegführung positioniert und stimmte im Reichstag gegen die Bewilligung der Kriegskredite. Dies mündete in die Abspaltung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, deren Ulmer Ortsgruppe 1917 gegründet wurde. Die zunehmende Politisierung des Protestes manifestierte sich in der Zunahme von Streiks, und selbst unter den Soldaten gab es vermehrt Proteste, je mehr der Krieg sich seinem für Deutschland verheerenden Ausgang näherte. Auch im Reichstag war eine zunehmende Kritik am politischen System zu vernehmen, das sich mit der Übernahme der Obersten Heeresleitung durch Hindenburg und Ludendorff immer mehr zur Militärdiktatur entwickelt hatte.

Obwohl das kaiserliche Deutschland mit dem Frieden von Brest-Litowsk noch einen militärischen Sieg über Russland verbuchen konnte, stand es gegenüber den wirtschaftlich und militärisch spätestens nach Kriegseintritt der USA 1917 überlegenen Alliierten auf verlorenem Posten. Die militärischen Eliten entzogen sich aber ihrer Verantwortung für das Desaster, indem sie ab September 1918 eine Parlamentarisierung des Reiches herbeizuführen und zugleich die Schuld an der Niederlage auf die linken bzw. demokratischen Parteien abzuwälzen suchten.

Anfang November 1918 vollzog sich dann der endgültige Zusammenbruch des alten Systems. Der Kieler Matrosenaufstand war das Signal für die Bildung von Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräten in ganz Deutschland. Auslöser für die Revolution in Württemberg war die Verhaftung der Spartakistenführer Fritz Rück und August Thalheimer in Ulm am 6./7. November. Am 7. November folgte in Ulm eine große Arbeiterdemonstration. Wie in Berlin wurde auch in Stuttgart am 9. November 1918 die Republik ausgerufen. Zugleich wurde der Thronverzicht Wilhelms II. bekannt gemacht. Einen Tag später stellte sich Generalmajor von Schempp, nun Befehlshaber der Ulmer Garnison, hinter die neue Regierung, den Rat der Volksbeauftragten. In Ulm bildete sich ein Arbeiter- und Soldatenrat, der am 10. November einen provisorischen Vollzugsausschuss aus SPD und USPD einsetzte. Eine maßgebliche Rolle spielte hier der SPD-Vorsitzende Friedrich Göhring. Der 11. November sah in Ulm eine Großdemonstration mit 12-15000 Teilnehmern, bei der u.a. auch Clara Zetkin zu Wort kam, eine Führungsfigur der sozialistischen Frauenbewegung, die 1919 von der USPD zum Spartakusbund überging. Augenzeugen berichten von roten Fahnen, die anlässlich dieser Demonstration vom Münsterturm wehten. Insgesamt verlief die Revolution in Ulm in weitgehend friedlichen Bahnen.

Material 1: Erklärung des Kriegszustandes: Übergang der Regierungsgewalt auf die Militärbefehlshaber, Unterordnung der Kommunalbehörden

(StA Ulm, H Ernst Nr. 41).



Zweites Blatt

Verantwortlich für die Redaktion:
E. Kofmann, Ulm

Verantwortlich für die Expedition:
G. Bart, Ulm.

Donau-Wa

Nr. 174 Ulm a. D., Donnerstag den 30. Juli 1914

Protest gegen den Krieg.

In hellen Scharen strömten die klassenbewußten Arbeiter in den Schiffsaal, um für die Erhaltung des Friedens zu demonstrieren. Viel zu klein war der Saal, um alle Personen zu fassen, die dem Ruf der Parteileitung Folge geleistet hatten. An den Fenstern, auf der Bühne, an den Türen drängten sich die Zuhörer; man mußte die Tische entfernen. Jeder begnügte sich mit dem bescheidensten Plätzchen. Eine solche Versammlung hat der Schiffsaal noch nie gesehen. Kurz vor 1/2 9 Uhr eröffnete der Vorsitzende, Genosse Göhring, die Versammlung und wies einleitend auf den großen Ernst der Stunde hin. Dann erteilte er dem Referenten, Genossen Westmeyer, das Wort. Von Beifall begrüßt, führte der Redner folgendes aus:

In furchtbar ernster Stunde sind wir hier zusammen getreten. Der Weltkrieg klopft an die Tore Europas. Millionen und Abermillionen sollen sich hinschlachten. Die Städte sollen dämpfen von Blut. In Ruß sollen die Länder verwandelt werden. Auf aller Lippen schwebt die Frage: Muß das sein? Vielleicht ist es zu spät, die eisernen Wurzeln aufzuhalten. Trotzdem wollen wir unsere ganze Kraft aufwenden, um das fürchterliche Elend abzuwenden. Ob es gelingt, wir wissen es nicht. Das ist gewiß, daß Millionen Bauern, Arbeiter und Handwerker, mit uns ringen und wünschen, daß der Sozialdemokratie es gelingen möge, den Frieden zu erhalten. Trotzdem gibt es Menschen, die den Krieg herbeiführen. Wir sehen den patriotischen Zanahel, wie er Krieg führt in den Kaffehäusern. Wenn unsere Feldherrn mit diesen Kaffehausoldaten Krieg führen müßten, dann: Gute Nacht Deutschland! Auch im Jahre 1870 tobten die Patrioten in Paris und glaubten den Sieg schon in der Tasche zu haben. Diese „Patrioten“ wissen bei gegebener Zeit ihre eigene Haut in Sicherheit zu bringen. Arbeiter, Kleinbauern, der kleine Geschäftsmann ist es, der die Klinte auf den Buckel nehmen muß, um den heimtückischen Herd zu verteidigen. Die Sensationspresse ist an der Arbeit, um die Massen des Volkes in ihrem Sinne zu „beegeistern“. Sie fälschen, sie lügen, um Verwirrung in die Reihen der Arbeiter zu bringen. Wir nehmen den Kampf auf gegen diese Hehe, wir gehen unsern Weg mit unerbittlicher Strenge, bis zum Guten, oder bis zum bitteren Ende. Wenn man uns auch Vaterlandsverräter schimpft, wir lieben unser Vaterland heißer und inniger als dieser Zanahel. Das erarbeitende Volk ist es, das alles ernährt und kleidet. Das arbeitende Volk ist es auch, das jetzt zur Schlachtbank geführt werden soll. Es soll den Boden mit seinem Blute düngen. Weshalb? Ich frage den Arbeiter, was hat euch der Arbeiter, der zufällig jenseits der Grenze geboren ist, was hat der euch getan? (Stürmische Zurufe: Nichts!) Nur weil ihr nicht einig seid, deshalb habt ihr den Krieg. Wenn ihr alle einig wäret, dann hättet ihr den Frieden. In Oesterreich ist ein schändliches Verbrechen verübt worden. Wir verurteilen diesen Mord. Aus ist jedes Menschenleben heilig, das Leben des Fürsten wie auch das Leben des Arbeiters. Der Mord ist eine Folge der österreichischen Unterdrückungspolitik und nationaler Grobheit der Hehe. (Zuruf: Falsche Auffassung.) Redner wendet sich diesen nationalen Zwischenruffern zu und zeigt denselben, daß vom nationalen Standpunkt aus, das Streben der Serben nach wirtschaftlicher und nationaler Einheit seine Berechtigung habe. Etwa 3 1/2 Millionen Serben wohnen in Serbien. Eine noch größere Anzahl wohnt in Oesterreich-Ungarn.

Das deutsche Volk hat sich 1871 die Einigkeit errungen. Wir freuen uns aber auch der Männer, die auf freierem Boden, 1848 die Einigkeit zu erreichen bestrebt waren, und dafür geblutet haben. Wir Sozialdemokraten sind international. Wir hassen die Gewalt Herrschaft, wir wollen, daß kein Volk von dem andern unterdrückt wird. Und deshalb werden wir auch alle Kraft einsetzen, um Deutschlands Eigenheit, seine kulturellen Güter zu schützen, wenn es angegriffen wird. Aber wir werden uns dagegen verwehren, ein anderes Volk zu unterdrücken. Oesterreich hat innerhalb und außerhalb der Grenzen andere Nationalitäten unterdrückt. — Zwei Morde sollen durch einen millionenfachen Mord ungeschehen gemacht werden. Oesterreich will den Krieg. Das geht aus der Note an Serbien hervor. Es gab nur zwei Wege: entweder sich selbst den Strick um den Hals legen, oder einen Waffengang auf Leben und Tod zu wagen. Redner erinnert an die Brodaska-Affäre und Friedungs-Prozess und warnt davor, Oesterreichs Weidungen unbezogen als wahr hinzunehmen. Er weist auf die Gefahr der russischen Intervention hin. Wenn Oesterreich will, daß Deutschland marschieren soll, dann hat auch Deutschland zu fragen: Warum sollen wir unter Umständen unsere ganze Existenz aufs Spiel setzen? (Zwischenruf: Falsche Auffassung!) Redner weist auf das deutsche Dementi bezüglich der Note Oesterreichs an Serbien hin und betont, daß Deutschland unterrichtet sein müsse, was in Oesterreich beschlossen wird. Die Note Oesterreichs enthielt unerfüllbare Forderungen. Nur einige Blätter hatten den Mut, dies einzugesehen. Die Antwort Serbiens fand man ungenügend. Ist das nun der Fall? Die Antwort Serbiens ist verschwiegen worden.

Der Redner gibt die Antwort bekannt, woraus hervorgeht, daß Serbien mit fast allen Punkten einverstanden war. Serbien protestiert nur gegen die Zulassung von österreichischen Beamten zur Untersuchung und appelliert an das Haager Schiedsgericht und an die Mächte. Trotzdem fand Oesterreich die Antwort ungenügend und hat den Krieg erklärt. Die österreichische Regierung will den Krieg um jeden Preis. Redner weist auf die nationalzerreißene Armee hin und auf die Offiziere Oesterreichs, von denen einige hohe Offiziere in Diensten Rußlands Spionage trieben. Italien ist gleichfalls kein sicherer Bundesgenosse. Deutschland hat allein den Kampf zu führen und nicht allein gegen Rußland und Frankreich, sondern auch gegen England. Die neuesten Nachrichten bestätigen dies. Wir wissen nicht, wer in diesem ungleichen Kampf Sieger bleibt. Das wissen wir, daß dem Sieger wie dem Besiegten unersehliche Güter vernichtet werden. Redner weist darauf hin, daß 1/2 der Bevölkerung abhängig ist vom Ausland. Redner schildert die Maßnahmen, die der Militarismus am Tage der Mobilmachung treffen wird. Die Steigerung der Lebensmittelpreise tritt heute schon in Erscheinung. Am Tage der Mobilmachung werden Hunderttausende an den Bettelstab gebracht, bevor noch ein Schuß gefallen ist. Redner schildert das Elend, das in Deutschland ausbräche, wenn das Volk nicht vernünftiger wäre wie die Regierungen. Die Meinung der Arbeiter, es wäre gut, wenn ein Krieg ausbräche, führt Redner auf ihren wahren Wert zurück. Der Krieg ist ein Zwillingbruder des Kapitalismus. Erst mit dem Kapitalismus wird der Krieg endgültig verschwinden.

Wenn man uns Feiglinge schimpft, so sage ich, es gehört mehr Mut dazu, gegen den wild gewordenen Patriotismus zu kämpfen, der Stimme der Menschlichkeit Gehör zu verschaffen, als Kaffeetassen zu zertrümmern. Den Christen aber sage ich: Es ist besser die Tränen der Witwen und Waisen zu trocknen, als Berge von Leichen aufzutürmen. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen kommt Redner auf das feige Verhalten der bürgerlichen Friedensfreunde und betont, daß nur die Sozialdemokratie die einzige Vertreterin des Friedens ist. Redner denkt der mutvollen Kämpfe unserer Brüder in Rußland, in Oesterreich und Frankreich. Nun schaut das internationale Proletariat auf die deutsche Sozialdemokratie. Die heutige Versammlung gibt die Antwort: Das Volk will sich nicht mehr willenlos zur Schlachtbank führen lassen. Er weist auf die Tatsache hin, daß jeder Krieg der Neuzeit mit der Revolution schwanger geht. Anfangen können unsere Machthaber den Krieg, aber wie er aufhören soll, das wissen sie nicht. Die Arbeiterschaft kann ruhig in die Zukunft blicken. Die herrschenden Klassen sehen nicht mehr aus noch ein. Die Produktivkräfte sind ihr über den Kopf gewachsen. Was nach ihr kommen wird, das ist der Sozialismus. Ob er

nun kommt in ruhiger Entwicklung oder als eisengepanzertes
Recke in der Feldschlacht. Er kommt, weil er kom-
men muß. Es ist wahr das Wort des Dichters:

Ich werde sein, und wiederum voraus den Völkern werd' ich
gehn,
Auf euer Nacken, euer Haupt, auf euern Thronen werd' ich
stehn.

Richterin und Rherin, das Schwert entblöht!
Austrecken den gewalt'gen Arm, werd' ich, daß er die Welt
erlöst.

(Langanhaltender, brausender Beifall.)

Der Vorsitzende, Genosse Göhring, stellte mit dem Vor-
trag nachstehende Resolution zur Debatte:

Die Versammlung stellt sich auf den Boden der Beschlüsse der
Internationalen Sozialistenkonferenz gegen den Krieg: „Die inter-
nationale revolutionäre Sozialdemokratie hat in allen Ländern mit
Aufgebot aller Kräfte den chauvinistischen Gelüsten der herrschen-
den Klasse entgegenzutreten, das Band der Solidarität um die Ar-
beiter aller Länder immer fester zu schlingen und unablässig auf
die Beseitigung des Kapitalismus hinzuwirken, der die Menschheit
in zwei feindliche Heerlager geteilt und die Völker gegeneinander
hegt. Mit der Aufhebung der Klassenherrschaft verschwindet auch
der Krieg. Der Sturz des Kapitalismus ist der Weltfriede.“

Droht der Ausbruch des Krieges, so sind die arbeitenden Klassen
und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Län-
dern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenschließende Tätigkeit
des Internationalen Bureaus, alles anzubieten, um durch die An-
wendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Aus-
bruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung
des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politi-
schen Situation naturgemäß ändern.

Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für
dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin
zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und
politische Krise zur Aufrückelung des Volkes auszunutzen und da-
durch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu be-
schleunigen.“

Die Versammelten verpflichten sich, in diesem Sinne zu wirken.
Sie fordern außerdem die sofortige Einberufung des
Reichstags, damit die Regierung nicht absolutistisch über das
Wohl und Wehe des Volkes verfügen kann und das Volk in dieser
höchsten Frage gehört wird.

Trotz der Anwesenheit einiger, sich durch Zwischenrufe
bemerkbar gemachter Gegner, meldet sich niemand zum Wort.
Die Resolution wird gegen drei Stimmen angenommen.
Genosse Göhring wies noch in seinem Schlußwort auf die
schlechte Kampfweise des Volksboten hin, der in seiner
Kriegsbegeisterung selbst das nationalliberale Tagblatt über-
trumpft. Die Arbeiter sollen die Konsequenzen daraus zie-
hen und eine derartige Zeitung aus den Arbeiterwohnungen
entfernen. Nach einem feurigen Appell an die Anwesenden,
ihre volle Pflicht und Schuldigkeit zu tun, schloß der Vor-
sitzende mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die
internationale revolutionäre Sozialdemokratie, die in allen
Teilen würdig verlaufene Versammlung.

Aus der Partei.

Das Flugblatt gegen den Krieg geht den einzelnen Mit-
gliedschaften noch diese Woche zu. Es soll am nächsten
Sonntag überall verbreitet werden. Deshalb
müssen schnell die nötigen Vorarbeiten dazu getroffen wer-
den. Wir ersuchen die Vorsitzenden unserer Mitgliedschaften,
unter allen Umständen für eine gute Verbreitung zu
sorgen.
Der Kreisvorstand.

Gewerkschaftliches.

Erledigte Differenzen in Eßlingen.

Nachdem der Verband Württembergischer Metallindustr-
eller in seinem Schreiben vom 22. ds. Mts. unter anderem
dem Deutschen Metallarbeiter-Verband gegenüber schrift-
lich erklärt hat, daß die Maschinenfabrik nach wie vor auf
dem Boden der Einigungsbedingungen stehe, wird die über
die Maschinenfabrik verhängte Sperre aufgehoben.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Eßlingen

Ulmer Angelegenheiten.

Ulm, 1. August 1914

Ulm im Kriegszustand.

Wildes Gerüchte durchschwirrten gestern unsere Stadt. Ist doch Ulm als Festungsstadt in weit höherem Maße an dem Gang der Ereignisse interessiert als irgend ein anderer Platz des Landes. Die starke Garnison von Ulm und Neu-Ulm ist durch tausendfache Fäden mit dem Wirtschafts- und Familienleben der Stadt verknüpft. Fast kein Haus steht in Ulm, in welches durch den Krieg nicht unmittelbar Kummer, Sorge u. schweres Herzeleid einziehen. Hier ist es der heißgeliebte Sohn oder der Bruder, dort der Schwager oder der Bräutigam, der ins Feld ziehen soll! Es war gestern ein lebhaftes Treiben in der Stadt. Wer auswärtig war, eilte fluchtartig in sein Domizil zurück. Zahlreich waren geängstigte Väter und Mütter, zum Teil von weit her, zum Abschiednehmen vom Liebsten das sie haben, herbeigeieilt. Man sah viele verweinte Gesichter der Frauen und in den Zügen der Männer spiegelte sich der furchtbar Ernst der Stunde wieder. Die Depeschantafeln der Zeitungen wurden scharenweise umlagert. Als gegen 4 Uhr die Verhängung des Kriegszustandes bekannt wurde, war von dem erwarteten Ausbruch einer stürmischen Begeisterung nichts zu merken. Viel eher konnte man von einer an Niedergeschlagenheit grenzenden tiefen Resignation sprechen, die sich aller Gemüter be-

mächtigte. Die Gefahr ist doch auch zu ernst, das Volk ist sich dessen, was an Gut und Blut auf dem Spiel steht, zu sehr bewußt, um sich zu Demonstrationen irgend welcher Art begeistern zu lassen. Die Zivilverwaltung ist während des Kriegszustandes in der Festungsstadt ihrer Selbständigkeit beraubt. Es herrscht Militärdiktatur, die noch der Ausdehnung fähig ist. Wir ermahnen alle unsere Freunde, den Ereignissen ruhig und besonnen ins Auge zu sehen und sich in keiner Weise provozieren zu lassen, was ja, von einzelnen unguuten Elementen abgesehen, vom Bürgertum in seiner Allgemeinheit nicht beabsichtigt ist. Wir selbst haben gestern schon ein Bröbchen von der neuen Ordnung der Dinge zu spüren bekommen. In der Redaktion der Donau-Wacht wurde gestern nachmittag noch Flugblättern im Auftrage des Gouvernements gehaucht. Gefunden wurde natürlich nichts, weil wir die Flugblätter sofort nach der Verhängung des Kriegszustandes telephonisch abbestellt hatten. Behandelt wurden wir trotz des Kriegszustandes mit der unverfälschten schwäbischen Gemütslichkeit. Die Stadtverwaltung hat, wie wir hören, gestern noch umfangreiche Vorkehrungen getroffen, um die Nahrungsmittelversorgung der Festung und ihrer Bevölkerung im Falle des Eintretens ernstlicher Ereignisse für längere Zeit sicher zu stellen. Es ist dringend erforderlich, daß alle Aengstlichkeit und weibliche Nervosität gebannt werden muß. Es wäre das Schlimmste, was uns treffen könnte, wenn wir in einer Situation, die wir nicht verschuldet haben, die Ruhe auch nur einen Augenblick verlieren wollten. Gestern nachmittag löste eine Verfügung der Militärbehörde die andere ab. Die gesamte Presse wurde zum Abdruck aufgefordert. Dieser Aufforderung kommen auch wir nach. Die Verfügungen lauten:

Material 4: Aufsätze einer zwölfjährigen Schülerin im Kriegsjahr 1915

Transkription aus dem Aufsatzheft der Pauline Köhl-Binzinger, geb. 12.12.1902 (StA Ulm, B 211/70 Nr. 5)

Ulm, den 15. Mai 1915

Unser Kriegsbrot.

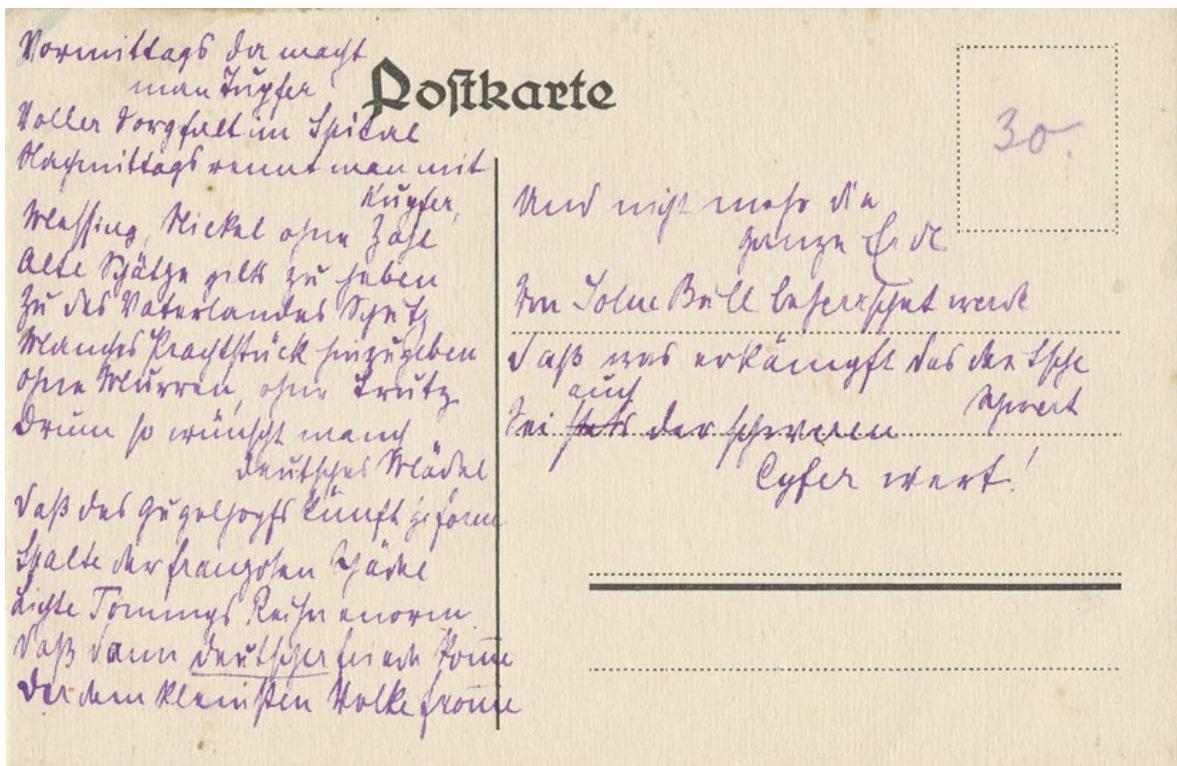
Wir leben in einer sehr ernsten Kriegszeit. Die Engländer, unsere ärgsten Feinde, weil sie uns nicht mit den Waffen besiegen können, wollen uns aushungern. Es werden deshalb Kriegsbrote gebacken, um die Mehlvorräte zu sparen; bis an die nächste Ernte. Unser Kriegsbrot ist ein ziemlich schwarzes Gebäck. Das Mehl, welches dazu verwendet wird, ist eine Mischung von Roggen- und Kartoffelmehl. Als Kaffeebrot nimmt man ein 100g schweres Kriegsbrot, das ein wenig weißer ist. Und gegen ärztliches Zeugnis darf auch Zwieback abgegeben werden. Das schwarze Brot darf in Laib- und Kipfform gebacken werden. Alles aufgezählte Brot kann man nur gegen Brotkarten empfangen. Auf eine erwachsene Person kommen in 10 Tagen zwei Schwarzbrotlaibe oder Kipfe zu 1280g und ein Kriegsbrot. Auf jedem Brot muß das Datum angebracht sein, weil das Brot 24 Stunden nicht verkauft werden darf. Zuwiderhandelnde Bäcker werden schwer bestraft. Öfters wünschen manche Leute als Kaffeebrot Feingebäck, vielleicht Kuchen, Bretzeln und Hörnchen u.a., aber solche Wünsche muß man unterdrücken. Es darf zu Hause nicht gebacken werden, sonst würden diese Leute mit selbst gebackenem Kuchen ihre Gelüste befriedigen. Es darf nämlich für eine erwachsene Person in der Woche nur 1/5 kg Mehl verbraucht werden. Alle diese Einschränkungen wollen wir gerne entgegennehmen, wenn nur die Engländer ihren Zweck nicht erreichen. Die Soldaten draußen im Felde entbehren auch viel, so wollen wir in der Heimat auch das Unsere tun und uns in alle Verhältnisse schicken, wenn wir nur siegen.

Ulm, den 24. Juli 1915

Wie ernähren und kleiden wir uns während der Kriegszeit

Durch den Krieg müssen wir uns öfter in andere Verhältnisse schicken als zuvor. Wir haben zwar keine neuen Sitten und Gebräuche eingeführt, aber unsere Lebensweise hat sich geändert. Da hat man am Morgen Dienstmädchen allerlei Feingebäck einkaufen sehen, was jetzt nicht mehr der Fall ist. Die Metzgereien [sind] auch ziemlich leer wegen der hohen Fleischpreise, bei den Wurstwaren fehlt manche Sorte. Durch die englische Blockade kommen keine Südfrüchte und ausländische Delikatessen zu uns. Wir lernen dadurch einfacher und billiger zu leben. Wir müssen durch die englischen Aushungerungspläne an manchen Lebensmitteln sehr sparen, weil sie nicht mehr so reichlich vorhanden sind wie zuvor, z.B. an Kaffee, an Gewürzen und Öler. Auf die Genußmittel verzichten wir gerne und lassen sie unseren Soldaten im Felde zukommen. Wir sammeln deshalb Waldbeeren und Fallobst, welche wir im Frieden nicht so häufig suchten. Daraus bereiten wir Marmelade und Gelee. Pilze, Hagenbutten, Dornschlehen und Haselnüsse werden vielfach gesammelt, sowie heilsame Kräuter und Blüten, wie Lindenblüten, Pfefferminz, Kamillen, Schafgarben und Brennessel. Daraus wird Tee gemacht. Die Kleidung ist sehr einfach und nicht mehr so auffallend, weil wir uns nicht mehr nach der Pariser und Londoner Mode kleiden. Durch die Lederpreiserhöhung sind Kriegssandalen mit Holzsohlen eingeführt worden. Wir sind durch das Sparen selber innerlich befriedigt und freuen uns, auch etwas zum Sieg beitragen zu können.

Material 5: Album mit gemalten Postkarten aus dem Ersten Weltkrieg von Adelheid und/oder Hildegard Weber, o.D., um 1916/1917 (StA Ulm, H Häusele Nr. 24a).



Vormittag da macht man Tupfer
Voller Sorgfalt im Spital
Nachmittags rennt man mit Kupfer,
Messing, Nickel ohne Zahl
Alte Schätze gilts zu heben
Zu des Vaterlandes Schutz
Manches Prachtstück hinzugeben
Ohne Murren, ohne Trutz
Drum so wünscht manchs deutsches Mädels
Daß des Gugelhupfs künftige Form
Spalte der Franzosen Schädel
Lichte Tommys Reihn enorm
Daß dann deutscher Friede komme
Der dem kleinsten Volke fromme
Und nicht mehr die ganze Erde
Von John Bull beherrscht werde
Daß was erkämpft das deutsche Schwert
Sei auch der schweren Opfer wert!

Material 6: Bericht über Unruhen unter Soldaten in der Garnison Ulm, 1918 (StA Ulm, H Ernst Nr. 29).

Militärpolizeistelle Ulm. Bericht über Unruhen unter Soldaten in der Garnison Ulm, den 28. Mai 1918.

Heute Nachm. wurde der Militärpolizeistelle Ulm telephonisch mitgeteilt, dass in der Herdruckerstrasse nach einem Offizier von einigen bayerischen Soldaten mit einem Glas geworfen wurde u. dass es zwischen einem General u. mehreren bayr. Soldaten - vermutlich von einem Transport - auf der alten Donaubrücke hier, zu einem Zusammenstoss gekommen sei.

Die von mir sofort auftragsgemäss angestellten Ermittlungen ergaben folgendes:

In der Friedenskaserne in Neu-Ulm befindet sich z.Zt. ein Sammeltransport von versch. Regimentern des 1. bayr. Armee-Korps unter Führung des Herrn Major B e r c h t o l d . Der Transport ist eingeteilt in 3 Kompagnien. Die Truppen mussten heute Vorm. um 10 Uhr im Kasernenhof der Friedenskaserne kompagnieweise antreten, wo Herr Major S p i e l h a g e n u. Herr Major B e r c h t o l d zugegen waren.

Nach Angabe des Feldwebels R e i n w a l d u. des Sergeanten S c h i e k der 1. Kompagnie bayr. Inf. Regt. 12 tritt Major Spielhagen zur 1. und dann zur 2. Kompagnie u. kontrollierte den Haarschnitt. Einzelne Soldaten maulten darüber wobei Spielhagen den Ausdruck benützte ^{Jhr} Herrgottstakramenter, wodurch sich die Soldaten aufregten u. schimpften.

Ungefähr zu gleicher Zeit traf Major B e r c h t o l d einen Soldaten mit dem Tornister auf dem Rücken jedoch nicht im Glied rauchend an u. erteilte diesem deswegen 3 Tage ~~m~~ittleren Arrest, was bei den übrigen Soldaten ebenfalls Aergernis erregte. Nach diesem ~~adelte~~ Major B e r c h t o l d einem Soldaten seine schlechte Haltung u. befahl ihm seine Hände besser anzulegen, worauf dann der Soldat schrie "nein niemals du Pfundhammel". Einige andere Soldaten unterstützten dabei

n. Spielhagen
u. Borcholdt
u. Schick

...den Ungehorsamen u. es entstand dadurch eine allgemeine sehr
laute Schimpferei.

Um 3/4 12 Uhr, als der Transport zum Essen fassen im Kasernen-
hof angetreten war, kam Exzellenz Generalleutnant von G r o s c h
in den Kasernenhof. Plötzlich umringten die Soldaten der 2. u. 3. Komp.
Seine Exzellenz u. schrien "Urlaub, Urlaub u. a. mehr." Exzellenz
von Grosch wehrte ihnen anscheinend ab, wobei ihm einer der Sol-
daten sein Mittagessen vor die Nase warf. Auf dieses hin zog
Exzellenz von Grosch blankw. schlug mit dem Säbel um sich bis
die Soldaten wieder freiließen.
Gerüchtweise hörte sich noch folgendes erzählen:

"Heute Nachm. gingen einige bayr. Soldaten auf der alten Dona-
brücke nach Neu-Ulm. Auf der Brücke begegnete ihnen Exzellenz von
Grosch, hielt sie an u. schickte sie wieder zurück weil sie nicht
schlecht begrüßt hätten, wodurch ein Aufruhr von vorüberge-
henden Personen, die daran Aegernis genommen, entstanden sei. In
wieweit letzteres der Wahrheit entspricht konnte bisher nicht er-
mittelt werden.
Um 2 Uhr 20 Min. kam anscheinend Herr Leutnant Burkhardt
2. Ers. Masch. Gew. Komp. XIII. A. K. aus der Wirtschaft zum "goldenen
Ochsen" in der Herdbruckerstrasse heraus, als gerade mehrere Sol-
daten von einem Sammeltransport in Neu-Ulm, die von Ulm nach Neu-
Ulm gingen, in heiterer Stimmung des Wegs kamen u. einer von der
selben Leutnant Burkhardt ein Glas nach warf.

Leutnant Burkhardt der den Vorfall sofort auf der Hauptwache
meldete vermutete, dass das Glas von einer in der Nähe befindlich
Wirtschaft herausgeworfen worden sei, was jedoch durch umfang-
reiche Erhebungen nicht festgestellt werden konnte.

Der Sammeltransport soll anscheinend morgen ins Feld abrück-
en.

*Ordnung wird gewahrt
H. v. M...*

Teuch
Militärpolizeibeamter

Bekanntmachung.

Nachdem auch unser liebes Württemberg, vom Strudel der Revolution erfaßt, in Stuttgart die Republik ausgerufen, eine provisorische Regierung gebildet worden ist, bin ich bereit, im Verein mit den neuen Gewalthabern, hier Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, friedliche Bürger und Eigentum zu schützen.

Ich erwarte von allen Militärpersonen, daß sie mich dabei unterstützen und selbst die Ruhe bewahren.

Ulm, den 10. Nov. 1918.

v. Schempp,
Generalmajor und Kontingentsältester.

Material 8: Aufruf des Ulmer Arbeiter- und Soldatenrates, veröffentlicht in den Ulmer Zeitungen vom 12. November 1918 (StA Ulm, H Ernst Nr. 41).

Bürger, Genossen, Kameraden!

Die Machthaber, die uns in dieses unendliche Elend, unsere Brüder und Söhne in den Tod, uns in ein Meer von Schulden und Armut gekehrt haben, sind gestürzt. Der elementar aufbrausende Unwille des ganzen Volks hat sie hinweggefegt.

Nun gilt es, die entsefftesten Kräfte des Volks in Bahnen zu leiten, die uns einer schöneren Zukunft, der Freiheit und Brüderlichkeit entgegenzuführen. Dazu rufen wir alle auf!

Der Wille des Volkes hat Leute an die Spitze getragen, die von je Gegner des Imperialismus und des Krieges waren: die freien Gewerkschaften, die sozialdemokratische und die unabhängige sozialdemokratische Partei, und hat ihnen die Vertreter der neuen Kräfte, die Arbeiter- und Soldatenräte, zugesellt. Aus ihren Reihen hat sich eine

provisorische Regierung

gebildet. Ihre vornehmste Aufgabe wird es sein, die konstituierende Nationalversammlung auf Grund eines die heilige Gleichheit des Volksgenossen wahrhaft achtenden Wahlrechts zu berufen.

Doch bleiben wir dabei nicht stehen. Schon heute muß das Recht dort, wo es bisher unterdrückt war, zum Siege geführt werden. Eine umfassende Amnestie wird erlassen. Freies Versammlungs- und Vereinsrecht ist allen Zivil- und Militärpersonen gesichert. Umfassende soziale Reformen werden vorbereitet. Der Druck der Herren-Klasse, des einseitig bürokratisch-militärischen Regiments, der auf Millionen lag, wird beseitigt. Wir können frei aufatmen!

In Ulm hat sich ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet. Alle Behörden, auch die militärischen, sind ihm unterstellt. Nun hat jeder in dieser schweren und größten Zeit der deutschen Geschichte zu zeigen, daß er es ernst meint mit der Liebe mit seinem Volke. Jeder stelle sich hinter uns und unterstütze uns! Alle Behörden bleiben auf ihrem Platz und verwalten ihr Amt frei und im Geiste der neuen Zeit! Jeder Einzelne ist verpflichtet, in seinem Lebensbereich Ordnung auch in wirtschaftlicher Beziehung, zu halten und so dem Ganzen zu dienen! Wer irgendwie die Ruhe stört oder die heilige Umwälzung zu vereiteln gegen die Strafgesetze benützt, wird vom Arbeiter- und Soldatenrat strengstens bestraft werden. Wer sich am Leben und Eigentum der Bürger vergreift wird standrechtlich erschossen.

Allüberall, auch in den Ländern der Feinde, erhebt die Morgenröte der werdenden Zukunft das furchtbare Dunkel, aus dem wir kommen. Alle Volksgenossen fordern wir auf, sich einzuschließen in den Ring der kommenden Freiheit!

Ulm, 10. November 1918.
Der Arbeiter- und Soldatenrat.